

Volkstimme

Einzelpreis 25 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Sindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 1. — Fernsprechnummer 1111. Für Inserate 1920, für die Redaktion 1920, für den Verlag u. die Druckerei 961, Postzeitungsliste L. Nachtrag, Seite 17.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Aufstellung 12.00 Mk., monatlich 4.00 Mk. Beim Abholens vom Verlag und den Ausgabestellen Vierteljährlich 11.55 Mk., monatlich 3.85 Mk. Bei den Buchhändlern Vierteljährlich 12.00 Mk., monatlich 4.00 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelhefte 25 Pf. — Anzeigengebühren: die gewöhnliche Spaltenbreite 1.00 Mk., im Restbetrag 1.50 Mk. Vereinstatuten Seite 50 Pf. Anzeigen-Abgabe nicht befreit, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. Postfachkonto: Nr. 2568 Berlin.

Nr. 98.

Magdeburg, Dienstag den 27. April 1920.

31. Jahrgang.

Es gibt zu essen.

Die Meldung vom Abschluß der Lebensmittelkredite mit Holland und mit amerikanischen Privatfirmen hat allenthalben berechtigtes Aufsehen erregt, ist aber bisher kaum in ihrer vollen Tragweite gewürdigt worden. Es handelt sich dabei nicht allein um die vorläufige Lieferung von Lebensmitteln im Werte von 25 Millionen Gulden, die uns Holland zur Verbesserung der Ernährung im Ruhrgebiet geben will, und um den Abschluß mit den amerikanischen Packerfirmen in Höhe von 15 Millionen Dollar — diese beiden Abschlüsse treten vielmehr nur ergänzend zu der übrigen Einkaufstätigkeit des Reiches, die in der Hauptsache gegen Barzahlung erfolgt. Gegen Barzahlung sind Lebensmittelabschlüsse allein in Höhe von 3/4 Milliarden Mark getätigt worden. Insgesamt beläuft sich der Wert der Einfuhren, die jetzt abgeschlossen worden sind, auf 6 1/2 Milliarden Mark. Die

Lebensmittelmengen, die dafür herbeikommen,

reichen aus, um zusammen mit den Lieferungen, die vom Inland bei einiger Pflückerfüllung der Landwirte noch zu erwarten sind, die Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes bis zur neuen Ernte in vollem Umfang sicherzustellen!

Es ist also ein bedeutender Erfolg erzielt, zumal da Deutschland für die nächste Zeit aus der größten Zwangslage als Ankäuser heraus ist. Bisher mußte Deutschland kaufen, und das Ausland konnte demnach die Preise verhältnismäßig hoch halten. Von jetzt an kann Deutschland ruhig günstige Marktpositionen abwarten und diese dann entschieden ausnützen.

Die neutralen Staaten und Amerika haben manchmal eine gewisse Bereitwilligkeit zur Unterstützung Deutschlands gezeigt, aber im allgemeinen handelt es sich bei diesen Krediten

keineswegs um Liebesgaben,

sondern um Geschäfte, die nach kaufmännischer Berechnung auf durchaus realer Basis mit genau vereinbarten Rindungsfristen und Zinstermine abgeschlossen worden sind. Wahrscheinlich hätten die vertraglich bindenden Mächte und Firmen jedem andern Staate die gleichen Lieferungen unter denselben Bedingungen gewährt. Die deutsche Wirtschaft wird also im Zustand immerhin noch günstiger beurteilt, als von den ökonomischen Kapputen in Deutschland, die nur die Wirtschaftspolitik der jetzigen Regierung schlecht machen können. Sinzu kommt, daß seit einigen Wochen das Koch im Westen geschlossen ist, so daß die Schieber-einfuhr stark unterbunden ist. Endlich haben die Länder mit hoher Valuta, die den Export erschwert, selbst ein Interesse an Kreditabschlüssen mit den übrigen Ländern, vorausgesetzt, daß diese Staaten sich nach ihrer Wirtschaftslage als vertrauenswürdig erweisen.

Gerade darauf kommt es aber in der Hauptsache an. Deshalb wurden die Verhandlungen über die gegenwärtig abgeschlossenen Kredite durch den Skapp-Streit stark verzögert und während der Skapp-Woche mußte man sogar befürchten, daß sie überhaupt nicht mehr gegeben werden würden. Daß sie trotzdem zustande gekommen sind, ist das Verdienst des sozialdemokratischen Wirtschaftsministers

Robert Schmidt, dessen Amt die Verhandlungen geführt und dessen Wirtschaftspolitik diese wirtschaftliche Entwicklung gefördert hat. Zum zweitenmal hat Robert Schmidt in sehr gefährdeter Lage die deutsche Ernährungswirtschaft gerettet und eine Katastrophe vor der neuen Ernte verhindert. Als er im vorigen Jahre sein Amt als Ernährungsminister antrat, erklärte mit seinem Vorgänger Wurm zahlreiche Sachverständige, daß eine Hungersnot großen Umfangs nicht zu vermeiden sei, wenn nicht die Entente umfassend helfe. Sie hat das nicht getan und trotzdem ist Deutschland durch Schmidts energisches Zugreifen und geschicktes Einkaufen durchgekommen. Jetzt wiederum sind es wenige Wochen her, daß die deutschen Städte unter Führung des Oberbürgermeisters Wermuth eine Ernährungskatastrophe voraus sagten, und wieder hat Schmidt sie abzuwenden gewußt. Das muß offen anerkannt werden, selbst wenn man sonst an seiner Wirtschaftspolitik dies und jenes aussetzen haben mag.

„Aktion der Masse“.

Der Wahlausruf der Unabhängigen feiert in löblichem Lobgesang das Rätesystem, „durch das erst das Selbstbestimmungsrecht und die Selbstverwaltung der arbeitenden Menschen in Betrieb, Gemeinde und Staat verwirklicht wird“. Daraus muß man schließen, daß das Rätesystem etwas Wunderbares ist — und man muß die Verfasser des Ausrufs um so entschiedener tadeln, weil sie uns absolut nichts sagen, worin dieses Wunderbare besteht und wie man zu ihm kommt.

Rätesystem ist heute ein Wort, unter dem jeder, der es gebraucht, etwas anderes versteht, und viele, die es gedankenlos nachreden, verstehen überhaupt nichts darunter. Eine Partei aber, die um die Stimmen der Wähler wirbt, hat die Pflicht, klar zu sagen, was sie will. Mit Schlagwörtern, unter denen sich jeder etwas Beliebiges vorstellen kann, ist uns in unserer Not nicht geholfen.

Wir nehmen zugunsten der Unabhängigen an, daß sie unter dem Rätesystem nicht etwa das russische verstehen, das in keiner Weise zur Nachahmung reizt. Das russische Rätesystem ist weiter nichts, als das Mantelchen für die Parteidiktatur einer Minderheit. Diese Diktatur hat zwar den guten Willen, aber nicht die Kraft, etwas Nützliches für die Arbeiter zu schaffen, und vor allem, sie wirkt

nicht durch die Arbeiter, sondern auf die Arbeiter.

Auch heute noch hat die arbeitende Bevölkerung in Rußland weniger zu sagen als in irgendeinem andern Lande der Welt. Und wenn die Bolschewiki nach ihrer Art ihr Bestes tun, so tun sie das — etwa nach der Art eines aufgeklärten Absolutismus — wohl für das Volk, aber nicht durch das Volk.

Ein Rätesystem in Deutschland oder in einem andern Lande der Welt, das von einer kulturell hochstehenden, an demokratisches Mitbestimmungsrecht gewöhnten Bevölkerung bewohnt ist, müßte also jedenfalls ganz anders aussehen als das russische. Aber wie? Auf diese Frage haben wir noch niemals eine wirklich klarstellende Antwort erhalten.

Welche Volksgenossen sollen das Wahlrecht haben und welche sollen vom Wahlrecht ausgeschlossen sein? Wie will man für diesen Ausschluß eine allgemein verbindliche Regel aufstellen? Sollen die wirtschaftlichen Räte zugleich auch politische Räte sein? Wie will man bei der verschiedenen Größe und der Zersplitterung der Betriebe ein wirklich gleiches Wahlrecht durchführen? Wie will man jedem Wähler die volle Freiheit seiner Abstimmung sichern und die Wahlergebnisse zweifelsfrei feststellen? Soll der Zentralrat für das Reich in direkter Abstimmung oder in indirekter gewählt werden? Und wenn die indirekte Abstimmung, womöglich noch in der dreifachen Abstufung Betrieb, Gemeinde und Staat, beliebt wird, glaubt man dadurch dem arbeitenden Volk

ein besseres Selbstbestimmungsrecht

zu geben als durch die direkten Wahlen zum Reichstag? Was soll aus dem Rechte des Volkes, in direkter Abstimmung Gesetze zu beschließen, werden, wie es durch die neue Verfassung eingeführt ist? Glaubte man, das Selbstbestimmungsrecht des arbeitenden Volkes erweitern zu können, wenn man dieses Recht beseitigt?

Alle diese Fragen bedürfen einer klaren und einer eindeutigen Antwort, wenn man sehen soll, wohin die Reise eigentlich geht. Und das soll man doch! Die Wähler sind berechtigt, die Parteien zu fragen, wohin sie sie führen wollen. Die Unabhängigen geben aber auf diese Frage eine durch ihre Unklarheit vollkommen nichtssagende Antwort.

Nicht weniger als das Ziel des Rätesystems bedarf der Weg zu ihm einer vollkommenen Klarstellung. Die Einführung dieses Systems bedeutet zweifellos eine Aenderung der bestehenden Verfassung. Nach dieser Verfassung können Verfassungsänderungen entweder durch Zweidrittel-Mehrheit der Volksvertretung oder durch Volksentscheid in allgemeiner Abstimmung vollzogen werden. Einen andern Weg, von der bestehenden Verfassung zu einer andern zu gelangen, gibt es nicht. Gaben die Unabhängigen die Absicht, zwecks Verwirklichung ihrer Ziele einen dieser beiden Wege zu beschreiten? Wollen sie den Kampf für ihr Ziel mit geistigen Mitteln führen und die bestehende Form der Demokratie auf dem Wege der Demokratie selbst verändern? Auch darüber wäre eine klare und unzweideutige Antwort dringend notwendig.

Der unabhängige Wahlausruf nennt, wiederum höchst vieldeutig als Mittel zum Ziele zu gelangen, „die Aktion der Masse“.

Die Aktion der Masse kann sich mit dem Stimmzettel vollziehen oder durch den Generalstreik oder mit „21-Zentimeter-Geschützen und noch größeren Kalibern“, die die kommunistische „rote Fahne“ neulich als das richtige Mittel des Klassenkampfes gefeiert hat. Welche Art der Aktion die Masse ist nun gemeint? Wollen die Unabhängigen die Verfassung auf verfassungsmäßigen Wege ändern, so wird diese Methode unfern Verfall finden, zum Ziele der Verfassungsänderung werden wir Stellung nehmen, sobald es bekannt ist, und das ist ja bisher noch nicht der Fall. Denn „das Rätesystem“ ist kein Ziel, sondern ein Schlagwort.

Andere Methoden, eine Verfassungsänderung zu erzielen, müssen wir aber ablehnen. Wer glaubt, die Mehrheit des Volkes für seine Abänderungspläne hinter sich zu haben, kann getrost den Weg der Volksabstimmung beschreiten. Wer diesen Weg nicht betritt, zeigt damit, daß er etwas will, was die Mehrheit des Volkes nicht will, und er hat kein Recht, dem Volke seinen Willen aufzuzwingen.

Manchem mag die Diskussion über Begriffe wie Rätesystem und Massenaktion als eine bloße theoretische Spalterei erscheinen. Aber dem ist nicht so, denn das Spiel mit diesen Begriffen hat schon Tausende und aber Tausende von roten und weißen Banden an wirtschaftlichen Gütern gekostet. Besser wird es nicht werden, solange nicht die Verwirrung aufhört. Es ist schwer zu verstehen, wie ein einigermaßen denkender Arbeiter unabhängig statt sozialdemokratisch wählen kann. Wie kann man eine Partei wählen, die nicht sagt, was sie will?

Ausplünderer des Volkes.

Seit Aufhebung der öffentlichen Lederbewirtschaftung herrschen auf dem Ledermarkt die verwerrendsten Zustände. Die ersten Güteauktionen unter dem System der „freien Wirtschaft“ brachten derartig hohe Gebote, daß die Leipziger Zentralauktion im August vorigen Jahres nicht zu Ende geführt werden konnte, weil selbst dem Verbands der sächsischen Gerber die wahnsinnige Preistreibererei auf der Auktion zuviel wurde und Abbruch der Auktion gefordert wurde.

Die weitere Folge des von den bürgerlichen Parteien der Nationalversammlung gegen die Sozialdemokratie erzwungenen Beschlusses, die „Zwangswirtschaft“ für Leder zu beseitigen, zeigte sich in der ungeheuern Preissteigerung für Schuhwaren. Bis in die letzten Wochen hinein war ein sprunghaftes Anziehen der Preise festzustellen. Den minderbemittelten Kreisen ist es seit Monaten nicht mehr möglich, auch nur den dringendsten Bedarf an Schuhwerk zu decken. Die steigende Notlage zwang die Regierung wiederholt, sich mit den Zuständen auf dem Ledermarkt zu beschäftigen und Mittel und Wege zur Besserung zu suchen. Am Freitag fand wieder eine Sitzung des Wirtschaftsrats beim Reichswirtschaftsministerium statt, die sich mit der gleichen Angelegenheit befaßte. Nach einem Bericht der „Magdeburger Zeitung“ — bekanntlich eine der begeistertsten Anhängerinnen des „freien Handels“ — war von den Lederherstellern der Wunsch ausgesprochen worden, ausländisches Leder, das zum Teil erheblich billiger ist als inländisches, nicht nach Deutschland hereinzulassen, um die deutsche Lederindustrie zu schützen. Die Schuhhersteller beantragten, die Ausfuhr von Schuhwaren aus Deutschland nach dem Ausland zu gestatten, mit der Begründung, daß die deutsche Schuhindustrie im Ausland zurzeit keine hinreichende Absatzmöglichkeit hat. Das zahlungsfähige Publikum habe sich bereits eingeebnet, während die minderbemittelten Kreise die heutigen Schuhpreise nicht bezahlen könnten!!

Der Wirtschaftsrat stellte sich auf dem Standpunkt, daß in Deutschland die Preise für Leder und Schuhwaren noch derartig hoch wären, daß allen Maßnahmen entgegenzutreten sei, die geeignet wären, die Preise auch weiterhin auf dem bisherigen hohen Stande zu halten. Der Wirtschaftsrat beschloß deshalb einstimmig die unbeschränkte Einfuhr von Schuhbedarfsleder aus dem Ausland nach Deutschland dem legitimen Handel und der weiterverarbeitenden Industrie auf Antrag zu gestatten, bis die Inlandspreise für Schuhbedarfsleder sich den niedrigen Auslandspreisen angeglichen hätten. Weiterhin beschloß der Wirtschaftsrat, daß die Ausfuhr von Ledern, Gebrauchs Schuhwerk aus Deutschland nach dem Ausland in

Keinem Falle gestattet werden dürfe. Dabei wünschte der Wirtschaftsrat auch die Forderung, daß seit her am 15. August 1919 erfolgte Aufhebung der Lebensmittelwirtschaft in der Lebensmittelindustrie ganz beträchtliche Gewinne erzielt worden sind, wie die hohen Dividenden der Lebensmittelindustrie zeigen.

Hier haben also gewinnflüchtige Privatunternehmer wieder einmal offen ihre Klappen aufgedeckt. Die Forderung nach Aufhebung der Lebensmittelwirtschaft begründete man seinerzeit mit der Aussicht auf bessere Versorgung der Bevölkerung. Bei dem Versprechen blieb es in Erscheinung trat nur der Wirtschaft mit seinen ungeheuren Preissteigerungen und schenkte diesen Gewinnen für die Unternehmer. Jetzt will nun die Regierung der Not der Bevölkerung entgegenwirken, indem sie die klappen Bestände durch Auslandsleber, das trotz des niedrigen Weltmarktes sich noch billiger stellt als die Inlandsware, aufbessert. Prompt kommen die Schuhfabrikanten und rufen nach einem Einfuhrverbot, damit sie an der weiteren Ausplünderung des Volkes nicht gehindert werden. Die horrenden Preise machen es weiten Kreisen des Volkes unmöglich, Schuhwaren einzukaufen, vor den Demütigten hat man die Gewinne eingezogen, folglich — muß man jetzt Ausfuhrerlaubnis erhalten.

Der Wirtschaftsrat hat diesem geradezu schamlosen Verhalten nicht nachgegeben, vielmehr hat er energische Maßnahmen getroffen, wenn die bisherigen hohen Preise nicht in kürzester Zeit herabgesetzt werden. Im übrigen dürfte dieser Fall einmal wieder lehren, wohin wir in Deutschland kommen, wenn den Kapitalisten in der Zeit des Mangels freie Hand gelassen wird. Nur eine strikte Organisation kann diese Preise zwingen, ihre Produktion dem volkswirtschaftlichen Bedürfnis anzupassen. An den Wucherpreisen für Schuhzeug tragen allerdings nicht nur die Schuhfabrikanten Schuld, sondern auch und vor allem die bürgerlichen Parteien, die allen Warnungen zum Trotz in der Nationalversammlung die Aufhebung der Lebensmittelwirtschaft für Leder erzwangen. Bei ihnen und besonders den Demokraten kann das Volk sich für die hohen Schuhpreise bedanken. —

Die Röhre von San Remo.

Die Konferenz der drei Entente-Ministerpräsidenten in San Remo sucht weiterhin das Geschick Europas ins „gerechte“ Gleis zu bringen. Der Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“ erzählt dort aus zuverlässiger Quelle, daß in einer privaten Unterredung zwischen Lloyd George und Millerand nach dreitägiger Beratung folgende Richtlinien vereinbart worden sind:

1. Die Verbündeten werden mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln auf die Entwaffnung Deutschlands entsprechend den Bestimmungen des Vertrags von Versailles dringen.

2. Das Entzücken Deutschlands um Erhöhung seines Heeresbestandes auf 200 000 Mann wird, ebenso wie die von Deutschland geforderte schwere Artillerie und der Flugpark, abgelehnt.

3. Deutschland erhält die Ermächtigung zu einer Verstärkung seiner Polizeitruppen. Die Entente behält sich jedoch das Recht einer ständigen Kontrolle über die Tätigkeit und die Bestandteile der deutschen Polizeitruppe vor.

4. Deutschland erhält Vorschüsse in Gestalt von Geld und Rohstoffen, um seine Industrie in Gang setzen und so seine pekuniären Verpflichtungen erfüllen zu können.

Die Konferenz von San Remo wird, wie endgültig festgestellt wurde, bis zum 28. d. M. dauern. Die Besprechungen sollen vor dem 10. Mai in Paris wieder aufgenommen werden. Auch im Mai soll eine Sitzung des Obersten Rates stattfinden, und zwar auf belgischem Boden, wahrscheinlich in Brüssel.

Es wird auch versichert, Frankreich werde diese privaten Vereinbarungen Millerands mit dem englischen Premierminister genehmigen und auch dem Wunsch Englands und Italiens zustimmen, zu der nächsten Konferenz den deutschen Reichskanzler hinzuziehen.

„Echo de Paris“ berichtet aus San Remo, Ministerpräsident Millerand habe als Sachverständiger der von Deutschland zu leistenden Entschädigung allmählich steigende Jahreszahlungen auf 30 Jahre empfohlen, keine Jahreszahlung solle jedoch geringer als 3 Milliarden sein. — Wie Meuter aus San Remo meldet, gab Lloyd George bekannt, daß das Ergebnis seiner Besprechung mit Millerand in einer gemeinsamen Erklärung niedergelegt werden wird, wonach Frankreich und England übereingekommen sind, daß die Bestimmungen des Friedensvertrags über die Entwaffnung durchgeführt werden sollen und daß der Gedanke einer Befreiung des rechten Rheingebiets durch Frankreich verworfen wird.

Inzwischen ist durch den Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation den interalliierten Mächten mitgeteilt worden, in welcher Weise und in welchen Zeiträumen die Zurückziehung der deutschen Truppen aus der neutralen Zone erfolgen solle. Diese Zurückziehung hat nunmehr stattgefunden. Die Truppenzahl an Offizieren und Mannschaften in der neutralen Zone beträgt nicht mehr als 17 700 Köpfe, überschreitet also nicht die Kopfstärke, die unter Zugrundelegung der Entscheidung des Obersten Rates vom August 1919 für die neutrale Zone festgesetzt ist. —

Die „Rote Armee“ kommt!

Entsetzensgeschrei und Aufregung herrscht in der Reichspresse. Man hat wieder einmal die Rote Armee entdeckt. Sie kommt, sie ist schon da! Und das Entsetzliche und Unausdenkbare, Grauensvolle an der Sache ist, daß diese Rote Armee von niemand anders aufgestellt wird als — von der deutschen Reichsregierung.

Was ist der Grund der alldeutschen Hysterie? In Däberitz wird zurzeit daran gearbeitet, einen Truppenteil aufzustellen, der nicht nur dem Namen, sondern der Tat nach auf dem Boden der Regierung und der demokratisch-republikanischen Verfassung steht. Man sollte eigentlich meinen, die Aufstellung einer solchen Formation sei eine Selbstverständlichkeit. Aber dieselben Herren, die täglich dreimal in allen Brunnönen versichern, daß sie Gegner aller Militärputsche seien, geraten jedesmal schier aus dem Häuschen vor Wut, wenn etwas Antijohannisches

geschähe, um die Reichswehr Putschischer zu machen. Man muß sehr starke Zweifel an der Ehrlichkeit der deutschnationalen Versicherungen erhalten, daß ihre Partei nur auf geschicktem Weg ihre Ziele erreichen wolle, wenn man tagtäglich mit ansieht, wie die Deutschnationalen Volkspartei in der Praxis alles tut, um einem neuen Putsch die Wege zu ebnet.

Das Rezept, nach dem die Herren arbeiten, ist immer das gleiche: „Man ist politisch sonst nicht fassen kann, sei ich als Kommunisten an.“ Jeder Mensch, dessen Nase oder politische Ansicht den Reaktionen nicht paßt, wird von ihnen mit Mindesteile zum Bolschewisten befördert. Natürlich mit der Absicht, ihn für vogelfrei zu erklären.

So geht es auch dem neuen Obersten Truppenteil. Eine wirklich verfassungstreue und republikanisch zuverlässige Truppe ist den Reaktionen ein Dorn im Auge, und bestreben fangen Mächte wie die „München-Münchener Abendzeitung“, die „Tägliche Rundschau“ usw. bereits an, von der Schaffung einer „Moten Garde“, von verkappten kommunistischen Machenschaften zu reden. Alles, was nicht unbedingt hinter Rapp und Lüttich steht, was im Augenblick eines Putschausbruchs von rechts entweder nicht mitputscht oder passiv beiseitesteht, ist in den Augen dieser Leute „Mote Garde“. Für sie scheint es ein Dogma zu sein, daß die Republik nur monarchistisch gestimmte Truppen und keine andern haben dürfe.

Dabei bringen die Blätter, die über den Plan der Regierung loben, teilweise in derselben Nummer den Beweis dafür, wie überaus notwendig die Schaffung eines republikanisch zuverlässigen Truppenteils ist.

Es handelt sich um die angeordnete, aber immer noch nicht durchgeführte Verhaftung des Kapitäns Ehrhardt, eines der Hauptunternehmer vom 18. März. Kapitän Ehrhardt befindet sich im Munsterlager inmitten seiner zweiten Marinebrigade, die erklärt, eine Verhaftung des Kommandeurs gutwillig nicht zuzulassen. Ebenso steht diese Brigade ihrer angeordneten Entwaffnung aktiven Widerstand entgegen. Das Munsterlager wird zum Sammellager aller Ueberlebenden des Rapp-Putsches, soweit diese die vorpommerschen Gefilde nicht für noch sicherer halten. Russische Offiziere der geschlagenen und zertrümmerten Weissen Armee der Aivalov-Bermondt, Judenitsh, Denikin usw. machen sich an die Truppen heran und demonstrieren so die Internationalität der Gegenrevolution. Die Regierung aber muß diesem Treiben untläßig zuschauen, weil keiner der jetzigen Reichswehrtruppenteile eine wirkliche Gewähr dafür bietet, daß er einen Befehl zur Entwaffnung und Auflösung der meuterischen Brigade bis zur letzten Konsequenz durchführen würde.

Hätte es nicht schon der 18. März bewiesen, so müßten jedem, der überhaupt sehen will, die jetzigen Zustände die Augen darüber öffnen, wie notwendig die schnelle Errichtung zuverlässiger republikanischer Truppenteile ist. Es kann daher nur freudig begrüßt werden, wenn die Regierung in Döberitz damit den Anfang macht. Das alberne Gerede von der Bildung einer Moten Garde kann nur auf Kinder und Putschfreunde Eindruck machen. Der neue Truppenteil wird sich äußerlich von der übrigen Reichswehr in nichts unterscheiden. Er wird Disziplin halten, seinen Dienst ordentlich versehen und keinerlei Rehnlichkeit mit irregulären Banden und disziplinlosen Haufen aufweisen. Der Unterschied wird allein im Innern liegen, im Denken und Fühlen der Truppe. Sie wird nicht von Leuten geführt werden, die nur widerwillig der Republik Dienste leisten und deren Sehnen und Trachten auf die Wiederkehr der Monarchie gerichtet ist, nicht von Offizieren, die zynisch erklären, daß sie zwischen 8 und 9 Uhr alle Eide brechen, die sie zwischen 7 und 8 Uhr geleistet haben, sondern an der Spitze dieser Truppe werden Führer stehen, die in der demokratischen Republik die Staatsform erblicken, unter der ein freies Volk allein leben kann. Diese Führer werden nicht, wenn wieder ein Militärputsch ausbrechen sollte, in offener oder heimlicher Sympathie mit den Meuterern beiseitestehen und unter dem Vorwand, Ordnung, Ruhe und Sicherheit zu wahren, die Hände in die Hosentaschen stecken, sondern ihnen wird die Verteidigung der Republik und der Volksfreiheit Herzenssache sein, sie werden in dem Geiste des mecklenburgischen Oberst Lange handeln, von dem das schöne Wort herrührt: „Alles mußte in diesem Augenblick für die Republik, nichts durfte gegen sie geschehen. Meine Sorge ist nur, ob ich in dieser Beziehung nicht zuwenig, nicht etwa, ob ich zuviel tue.“

Nur eine solche Gesinnung der Reichswehr wird imstande sein, das gute Einvernehmen zwischen Wehrmacht und Volk wiederherzustellen. Deshalb begrüßen wir die Aufstellung eines republikanischen Truppenteils in Döberitz als einen bedeutenden Schritt zum innern Frieden, zur Sicherung und Festigung der Demokratie. —

Falsche Prozentrechnung.

In der letzten Berliner Funktionärerversammlung kam es zu einer prinzipiellen Aussprache über das Wesen der Demokratie, weil der Referent, ein auf der äußersten Linken stehender Genosse, Dr. Köhler, die sonst nur von den Unabhängigen und Kommunisten vertretene Ansicht aussprach, daß es der Demokratie nicht widerspreche, wenn einmal eine Minderheit regiere. Er meinte, genau so gut, wie eine Mehrheit von 52 Prozent regieren könnte, könnten auch 48 Prozent die Gewalt ausüben. Ob denn die Herrschaft der Arbeiterklasse an drei oder vier Prozent der Stimmen scheitern solle.

Mit diesen Gedankengängen begibt man sich auf eine Bahn, die unweigerlich zur Gutheißung jeder Minderheitsherrschaft führt. Denn der nächste wird fragen: wenn 48 Prozent regieren können, warum nicht auch 45, wenn 45, warum nicht auch 40, wenn 40, warum nicht auch 30 und so fort. Läßt man sich auf diese Bahn drängen, dann verschwindet jeder prinzipielle Unterschied gegenüber der kommunistischen Lehre, wonach jede kleine entschlossene Minderheit berechtigt ist, die Gewalt an sich zu reißen in der Hoffnung, die andern hinter sich her zu ziehen. Wobei natürlich niemand daran denkt, von der Gewalt zurückzutreten, falls die andern sich nicht hinterherziehen lassen.

Gewiß ist die Position einer demokratischen Herrschaft sehr schwach, die sich nur auf 52 Prozent der Bevölkerung stützt und 48 Prozent in geschlossener Opposition hat. Die Stärke der Opposition wird darin zum Ausdruck kommen, daß die Regierung nicht blindlings gegen sie regieren kann, sondern entweder sachlich der

Opposition sehr weit entgegenkommen muß, oder aber durch noch weiteres Entgegenkommen versuchen muß, die ihr am nächsten stehenden Teile der Opposition zu sich herüberzuziehen. Auf diese Weise entstehen dann Koalitionsregierungen, die zwar für die Beteiligten nicht erfreulich, aber das einzige Mittel sind, um zu verhindern, daß schwache Mehrheiten starke Oppositionen einfach vergeblich machen. Die jetzige Koalitionsregierung in der Nationalversammlung ist Beispielsweise der Ausdruck der Tatsache, daß das Bürgertum, obwohl es 55 Prozent der Stimmkraft hat, sich zu schwach fühlt, um gegen eine geschlossene Opposition der Arbeiterschaft von 45 Prozent zu regieren. Das Bürgertum zieht vor, wenigstens in seinen gemäßigten Teilen, der Arbeiterschaft so weit entgegenzukommen, daß es mit einem Teile von ihr eine Koalitionsregierung auf breiter Grundlage bilden kann.

Sticht sich also im Normalfall selbst eine geringe Mehrheit zu schwach, um allein zu regieren, wieviel unnützlicher ist dann eine ausgesprochene Minderheit. 55 Prozent können immerhin formale Mehrheitsbeschlüsse herbeiführen. 45 Prozent können das nie. Ihnen bliebe zur Durchsetzung ihres Willens also nichts weiter übrig als der Appell an die brutale Gewalt, d. h. die Sprengung der Demokratie, die Aufrichtung der Diktatur und des Terrors.

Etwas andres ist nicht denkbar. Man stelle sich eine Versammlung von 100 Arbeitern vor, in der ein Vorstand gewählt werden soll. Der eine Kandidat erhält 52, der andere 48 Stimmen. Können jetzt die Anhänger des letzteren behaupten, ihr Kandidat sei gewählt, denn 48 wären letzten Endes ebensoviel wie 52? Das werden sich die 52 gewiß nicht gefallen lassen. Zwischen 48 und 52 Prozent besteht eben nicht nur die zahlenmäßige Differenz von 4 Prozent, sondern der große prinzipielle Unterschied von Mehrheit und Minderheit. Dieser prinzipielle Unterschied mag manchmal faktisch sehr klein sein, aber die kleinste Mehrheit ist noch immer stärker als die größte Minderheit. Verleugnet man aber das Mehrheitsprinzip, so gibt es überhaupt kein Halten mehr: Wer es bei 2 Prozent Unterschied verleugnet hat, der kann seine Stimmkraft auch nicht mehr bei 20 Prozent Unterschied beweisen. —

Antiparlamentarier für Wahlbeteiligung.

Der Parlamentarismus hat auch bei den „prinzipiellen“ Antiparlamentariern gefaßt. Auf der kürzlich in Berlin geheim gehaltenen Parteikonferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands ist die Beteiligung an den Neuwahlen zum Reichstag einstimmig beschlossen worden. Das Organ der Partei „Der Kämpfer“ schreibt über die Wandlungen, die sich seit Jahresfrist unter den Kommunisten vollzogen haben:

„Der Beschluß, sich nicht an den Nationalratswahlen 1919 zu beteiligen, der gegen den Willen aller einsichtigen Politiker und fast ohne Ausnahme gegen die Zustimmung aller, die seit 1914 im Spartakusbund sich zusammengefunden hatten, angenommen wurde von jenem zu revolutionärem Drang erwachten neuen Zustrom, gab den Revolutionärs-Insuffizienten eine gewisse Handhabe für ihr Denken und Tun. Im Zeichen des Rapp-Putsches feierte der Nationalbolschewismus seinen Woffsherrn-Laufenbergser Art in Hamburg, in Berlin und in — Köln — bewußt und unbewußt seine Auferstehung. Die Grundbauffassung des Antiparlamentarismus sowie des Nationalbolschewismus ist das Ueberwältigen wollen, das Nichtsehen von Durchgangskriterien des revolutionären Kampfes, das allerlei politische Hanswürsten und Projektmachern Gelegenheiten gibt, sich lächerlich zu machen und, was schlimmer ist, die revolutionäre Einheit und Klarheit teilweise zu verwischen und damit die revolutionäre Entwicklung statt zu fördern, zu hemmen. — Die kommunistische Partei hat die Krise endgültig überstanden dadurch, daß sie die Kraft aufbrachte, diese Elemente aus der Partei auszuschließen.“

Das ist der erste Schritt dazu, die Begleiterscheinungen jeder Revolution zu überwinden. Der Parteitag hat durch Desobolierung der Lokalitätsverklärung gegenüber der historischen Arbeitergeburts der sogenannten reinen Arbeiterregierungen, die einige Mitglieder der Reichszentrale abgegeben hatten, bewiesen, daß er das Ausgleiten des Pendels nach rechts ebenso wenig duldet wie den Scheinradikalismus der Antiparlamentarier. Damit ist erwiesen, daß unser Parteischiff mit gerader Richtung dem schwereren Ruder der Weltrevolution aufsteuert.

Wir werden in den Wahlkampf eintreten und den Wahlkampf benutzen, um den Köhlerglauben an das Parlament und den Parlamentarismus der bürgerlichen Demokratie zu zerstoren. Unser Programm im Parlament wird diese Wahlarbeit ergänzen. Wir geben nicht in das Parlament um durch unsere Tätigkeit im Parlament für die Arbeitermassen kleine oder große Vorteile herauszuholen, nein, das ist unmöglich, sondern nur im Parlament die Massen aufzurütteln zum Kampfe gegen das Parlament, gegen die bürgerliche Demokratie, für die Diktatur des Proletariats.“

Wir können dazu nur mit Goethe sagen: „Wenn sich der Most noch so absurd gebärdet, es gibt zuletzt doch einen Wein!“ Abzurufen ist es, sich als Arbeitervertreter ins Parlament wählen zu lassen, nicht um dort Vorteile für die Arbeitermassen herauszuholen, sondern um den Parlamentarismus zu bekämpfen. Aber mit solchen Phrasen ist schon mancher Revolutionär ins Parlament eingezogen, der hinterher ein eifriger Mitarbeiter an Reformen jeglicher Art und damit zum Begleiter einer gründlichen Staats- und Gesellschaftsumwälzung geworden ist. Wir erinnern nur an den alten Liebknecht, der zu Beginn seiner parlamentarischen Tätigkeit im Norddeutschen Reichstag vor, mehr als 50 Jahren ganz ähnliche Wortkünste gegen den Parlamentarismus schleuderte wie heute der kommunistische „Kämpfer“, nicht lange danach, freiwillig offen sich selbst bezatonierte und weidlich spottete über die Phrasendrescherei, deren er sich früher schuldig gemacht hatte. Die heute lebende Arbeiterklasse wird keine allzu große Neigung haben, in die Fehler, die schon ihre „Ältern“ überwunden hatten, zurückzufallen. Wer es aber doch tut und seine Stimme der R. P. D. gibt, dem ist eben nicht zu helfen. Er gehört zu den Leuten, auf die das Wort gemünzt ist: „Wer das Lied nicht weiter kann, der fängt es wieder von vorne an!“ —

Die neuen Mitglieder in den Gewerkschaften

Unter der Überschrift „Gewerkschaften und neue Mitglieder“ bringt „The Democrat“ in seiner Nummer 49 vom 12. März folgende, dem „International Workers' Journal“ entnommene Ausführungen, die nicht nur auf England und die Vereinigten Staaten zutreffen:

Jeder Teil der menschlichen Tätigkeit ist durch das Ergebnis des Krieges von Grund aus beeinflusst worden. Besonders die Gewerkschaftsbewegung ist gezwungen, sich neuen Fragen zuzu-

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 26. April 1920.

Das Maifeier-Plakat.

An den Plakatwänden finden unsere Genossen ein Plakat, das hinweist auf die Maifeier. Ein Kind in weißem Kleide sehen wir darauf, das Blumen in einen blühenden Topf trägt. Hinter ihm Männer in dunkler, schwerer Mäntel, markige Blicke, fest gefügt. Monumental wirkt diese straff geformte und doch lebendig gegliederte Männergruppe und sein wie ein Frühlingsspiel klingt vor ihr die Kindheit in Blumenlust und Sonnenschein. Der künstlerische Zusammenklang von Kraft und Feinheit wirkt auf den Betrachter, und wir Arbeiter, die wir jahrelang, jahrelang im grauen Verlaufe kämpfen, kommen in den Mythos des Schreitens und möchten mitgehen, den Männern, der Jugend nach in den freien Mai. Diese Wirkung dieses Bildes wurde auch von anderer Seite erkannt, die in diesem Vorkriegszeiten der Arbeiterklasse in festgesetzten Reihen eine Gefahr sah für die bürgerliche Gesellschaft und mit ihrer Macht verhinderten, daß unser Plakat in den Straßen zum Auslagen kam. Das war vor nunmehr 10 Jahren.

Das Plakat sollte schon 1910 zur Maifeier einladen. Damals regierte die altpreussische Polizei noch. Sie unterdrückte alles, was geeignet erschien Kampfesmut und Entgelt der Arbeiterschaft zu fördern. Sie verbot mit einer erbärmlich saden Begründung das Anbringen dieses Plakats an den Plakatwänden. 10 Jahre schlummerten das Kind und die ersten Männer des Bildes im Gewahrsam der „Volksstimme“. Jetzt dürfen sie aus Licht der Straße im neuen Deutschland. Das Volk ist ärmer als vor 10 Jahren an materiellen Gütern, ein wildes Feuer hat ihm Hab und Gut vernichtet. Aber es ist reicher an Erfahrungen, die teuer genug erkauft sind, und ist frei, seinen Weg selbst bahnen zu können. Er soll ins Freie führen trotz Not und Tod, die uns umlauernden Geleite einer besseren Zukunft, wo Jugend und Lebensfreude grüßen.

Der alte Nationalliberale.

Für die Deutsch-demokratische Partei eröffnete am Sonntag Reichsminister a. D. Schiffer den Wahlkampf mit einer zweiseitigen Rede, in der die Meinung und das Ziel der Gesamt-partei zum Ausdruck kommen sollte, aus der aber nur eine Rechts-festhaltung und Entschuldigungsrede für die bisher schwach linksgerichtete Politik der Demokraten wurde. Die alte national-liberale Taktik „einerseits, andererseits“ trat wieder kräftig in Erscheinung, und zwar mit starkem Einschlag nach rechts. Die Angst des Ordnungsparteilers vor dem Sozialismus — er sagte natürlich Volkswirtschaft — gitterte durch den Vortrag dieses Nationaldemokraten. Der bevorstehende Wahlkampf ist der Abschluß der Revolution und der Übergang von der Gewalt zum Recht. Die Revolution war ein Rechtsbruch, die Volks-beauftragten haben aus eigener Machtvollkommenheit Gesetze erlassen. Krieg und Revolution haben den Rechtsstaat im Werte vernichtet. Bei den Märzereignissen muß zweierlei sorgfältig auseinandergehalten werden: der Vorstoß Kapps und der Vorstoß der Gewerkschaften und Volkswirtschaft. Schiffer gibt zu, mit den Kapprebellien verhandelt zu haben. Die Reichswehr sollte nicht auf die Uebermacht (?) der angreifenden Truppen schießen, sondern gegen die zerschlagenden Mächte — von links bereit sein. Auf die falsche Meldung von einem Ultimatum der radikalen Arbeiterschaft an das Kapp-militär hat Schiffer die Einheitsfront gegen den Volkswirtschaft für nötig gehalten. Darum habe er bei den Verhandlungen mit den Kapprebellien wohl erklärt, daß die Forderungen der Staatsstreicher wahrscheinlich zum größten Teil erfüllt werden würden, aber Konzessionen habe er ihnen doch nicht gemacht. Das hat aber die Regierung bei den Auf-rührern im Ruhrgebiet getan.

Nun kam dieser Musterdemokrat, der sich den Einfluß des Großkapitals und der Hochfinanz der Großgrazier, der Industrieverbände und des Handwerks so gern hat gefallen lassen, entrüstet auf die „Bedrohung der Verfassung“ durch die Gewerkschaften zu sprechen und erklärte feierlich, die Demokraten lassen keinen entscheidenden Einfluß irgendeiner Bevölkerungsgruppe zu und stellte die Behauptung auf, führende Sozialdemokraten hätten sogar vor dem Bürgerkrieg nicht zurückgeschreckt, um den Einfluß der Arbeiterschaft nach den Kapp-Tagen noch zu steigern. Nach dieser scharfen Stellungnahme gegen die „verfassungswidrigen Uebergriffe der Gewerkschaften“ macht Herr Schiffer, der Demokrat, tiefe Verheerungen nach rechts. Kämpf-heit unternimmt er Rechtfertigungsversuche zugunsten der Kapp-rebellien, bedauert die armen verführten Offiziere und will keine Anklage erheben — in bürgerlichen Interessen, Kapps monarchistischer Vorstoß sei verständlich. Es sei zu bedauern, daß die Monarchie im November 1918 so klanglos verschwunden ist. Die ruhmreichen Traditionen der Hohenzollern können wir nicht vergessen. Auch die Demokraten tragen sie im Herzen. Aber trotzdem hat der „gute Demokrat“ Schiffer sich jetzt mit den Taktischen abgefunden und steht auf dem Boden der Verfassung, denn auf dem Wege der Monarchie sei eine Gesundung Deutschlands nicht möglich.

Darauf schwanzt sich der nationalliberale Demokrat wirk-lich doch noch zur Verteidigung der Koalitions-regierung auf. Es gehe über Menschenkräfte, Vorriedens-zustände herbeizuführen, das würden auch die Oppositionsparteien nach solchem verlorenen Kriege nicht schaffen. Es ist schon eine große Leistung der Regierungsparteien, überhaupt erreicht zu haben, daß das deutsche Volk noch leben kann. Für diesen bürgerlichen Dienst habe jede der Koalitionsparteien schwere Opfer gebracht. Die Koalition zum Schutze der Verfassung sei eine Notwendigkeit auch dem Ausland gegenüber. Ohne Sozialdemokratie ist keine Regierung und keine ruhige Entwicklung möglich. Die Demokraten müssen sich aber gegen jede verheerende Diktatur des Proletariats wenden. In den weiteren Ausführungen Schiffers kam dann zum Ausdruck, daß dem Zentrum und den Demokraten die hervorragende Stellung der Sozialdemokratie in der Koalition äußerst unangenehm ist, und daß sie ein Zurückdrängen der Sozialdemokratie bei den Wahlen herbeizuführen, um mehr Bewegungsfreiheit zu bekommen und um dann natürlich schnell wieder eine Schwelung nach rechts vorzunehmen zu können. Die Beamtenschaft muß vermindert und die persönlichen Lebensbedürfnisse müssen eingeschränkt werden. Die Reichswehr darf keine Gewerkschaftstruppe sein, die Politik hat in ihr nichts zu suchen. Sehr vernünftig war der Auspruch, daß unsere Außenpolitik künftighin nicht mit In-terven und Gewalt, sondern offen und ehrlich geführt werden müsse.

In der Aussprache wärmte der Altschäfer Doktor Greiner wieder den Schwundel auf. Obert hätte zu Kriegs-gefangenen gesagt: „Ich führe euch goldenen Zeiten entgegen!“, und führte zum Beweis der Wahrheit das übelste Ge-organ, die „Deutsche Zeitung“, an. Dr. Rehle brachte die

liberale Deutsche Volkspartei in empfehlende Erinnerung und stellte verschiedene verhängliche Fragen an die Demokraten, die diese nicht zu beantworten brauchten, da der Zirkus geräumt werden mußte. Die Versammlung zeigte den Demokraten wenig erfreuliche Aussichten für die Wahlen. Trotzdem zahlreiche Gegner von rechts und links in der Versammlung anwesend waren, wies der Zirkus doch einen recht schwachen Besuch auf.

Maifeier 1920!

Der Festtag der Arbeit naht! Das Klassenbewußte internationale Proletariat rüstet zum 1. Mai, um Protest zu erheben gegen Ausbeutung und Reaktion. In Deutschland hat die Revolution manche Anforderungen der Arbeiterschaft erfüllt; für die restlose Verwirklichung des Sozialismus gilt es an diesem Tage zu demonstrieren.

Wir fordern die Parteienoffen und ge-nossinnen auf, diesen Tag in würdiger Form — durch Arbeitsruhe — zu begehen.

Gegen Diktatur

und jede Gewalt — für

Demokratie und Sozialismus

muß unsere Losung sein!

— Sozialdemokratischer Verein. Bezirk Magdeburg. S. D. O. Am 23. April fand im Lokal von Hinzburg eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende Genosse Klepp gab den Jahresbericht. Bei der Neuwahl der Bezirksleitung wurde als Vorsitzender der Genosse Woye, als Kassierer Genosse Thäver und als Schriftführer Genosse Gerlich gewählt. Genosse Jäger gab einen ausführlichen Bericht von der Sitzung des Elternrates der erkennen ließ, daß der Genosse eine zugehörige Tätigkeit auf diesem Gebiet entfaltet. Betreffs der Maifeier herrschte Einverständnis darüber, sich den Veranstaltungen der Bezirksleitung anzuschließen. Ab-marsch vom Ort früh 6 Uhr.

In der Frauen-Bezirksversammlung der Bezirke Nord und Süd hielt Genosse Jänisch einen Vortrag über die Stellung der Frauen zur Reichstagswahl. Genosse Jänisch fand sehr animes-same Zuhörerinnen. In der Diskussion wurde von verschiedenen Seiten auf die hohen Aufgaben hingewiesen, welche dieser Wahlkampf verur-sachen wird. Zum Schluß beschloß die Versammlung, wöchentlich an einem Abend zusammenzukommen um sich über soziale und politische Dinge zu unterhalten. Die Zusammenkünfte finden Donnerstags beim Genossen G. Holz, Tischlerknechtstraße 22, abends 8 Uhr statt. Gäste sind willkommen.

— Betriebsobkulte S. P. D. Mittwoch den 28. April, abends 7 Uhr, Sitzung in dem bekannten Lokal. Eine weitere Einladung erfolgt nicht.

— Die demokratischen Kandidaten für Magdeburg-Anhalt. Für die Reichstagswahlen hat die Deutsche demokratische Partei des Wahlkreises Magdeburg-Anhalt folgende Kandidaten an die Spitze ihrer Liste gestellt: 1. Reichsminister a. D. Schiffer, 2. Führer des Bauernbundes Dr. Wähme, 3. Regierungs-präsident Dr. Pohlmann (Magdeburg), 4. Handelskammer-syndikus Dr. Hausch (Dessau), 5. Frau Helene Schneidewin (Magdeburg), 6. Eisenbahn-Obersekretär Puh (Magdeburg), 7. Buchbindermeister Haack (Genthin), 8. Arbeitersekretär Hermann Franke (Magdeburg), 9. Privatangestellter Brand (Machterstedt), 10. Fr. Behrens, Lehrerin (Magdeburg), 11. Kreisarzt Dr. Kühnlein (Wernigerode), 12. Rektor Wanner (Egeln), 13. Landwirt Bertram (Nordgermers-leben).

— Eine neue Gebührenordnung für Ärzte. Die preussische Regierung beabsichtigt, eine neue Gebührenordnung für Ärzte zu erlassen. Da aber die Verhandlungen noch längere Zeit beanspruchen werden, hat das Ministerium für Volkswohlfahrt eine schlesische Neuordnung der Ärztekammer darüber verlangt, ob bis auf weiteres mit Wirkung vom 15. Mai die Sätze der alten Gebührenordnung um 150 v. H. erhöht werden sollen. Der Gesundheitsausschuß der ärztlichen Standes-vereine Berlins hat diese Erhöhung der Gebührensätze für un-a-n-n-a-e-n-d erklärt, er hielt eine Erhöhung um 500 v. H. für das Mindestmaß. Bei dieser gewünschten Erhöhung würden die Mindest-sätze für eine Beratung 5 Mark, für einen Besuch 10 Mark betragen.

— Die neue Krankentafel-Verordnung endgültig fest-gesetzt. Nachdem am Freitag die Nationalversammlung sich für Auf-hebung der Krankentafelverordnung ausgesprochen hat, worin bekannt-lich von einer Begrenzung des Grundlohns abgesehen und die Ver-sicherungspflicht bis auf Einkommen von 20 000 Mark hinaufgesetzt wurde, hat die Regierung alsbald dem Reichsrat eine neue Verordnung vorgelegt, worin die Gehaltsgrenze von 12 000 Mark wieder eingekürzt und eine Begrenzung für den Grundlohn auf 24 bis 30 Mark festgesetzt wird. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Verordnung ist auf den 3. Mai festgesetzt, während die neue Begrenzung des Grundlohns vom 27. April an Geltung haben soll. Der Reichs-rat nahm die Regierungsvorlage an.

— Die 10. Sitzung der Stadtverordneten findet am Donnerstag nachmittags 4 1/2 Uhr im Altschäfer Rathaus statt. Die Tagesordnung umfaßt 31 Punkte. Es handelt sich dabei zunächst um die Zustimmung zu Verstärkungen verschiedener Haushaltpläne. Weiter ist zu beschließen über die Nachbewilligung von 446 000 Mark für die Fertigstellung des Neubaus der Viktoriahalle, und die Nachbewilligung von rund 21 000 Mark für den aufgegebenen Arbeitererrat. Die übrigen Vorlagen enthalten u. a. eine Ueberzicht über den Stand der Haus-haltpläne für 1920, Tarifvertrag und Lohnzettel des Personals der städtischen Krankenhäuser. Vergleich mit der Magdeburger Straßen-eisenbahngesellschaft und Wahlen.

— Ein Druckfehler hatte sich in das Inserat der Parteileitung (Sonntag-Nummer) über die Maifeier auf dem Herrenkrug ein-geschlichen. Es heißt in dem Inserat: „Festreden... Gemeinamer Tanz“. Es muß aber heißen: Festreden. Gemeinamer Gesang. Womit nicht gesagt sein soll, daß zum 1. Mai das Tanzen verboten sei.

— Unabhängiger Schwundel. Ein Parteigenosse schreibt uns: Im Bezirk Cracauer-Vorster finden einzelne Mitglieder der Unabhängigen Arbeiterpartei abzuweichen. Sie verbreiten die Nachricht, daß die Sozial-demokratische Partei den 1. Mai erst am Sonntag den 2. Mai feiert. Dies ist natürlich eine Unwahrheit. Unsere Feiern finden selbstverständlich am 1. Mai statt.

— Die Abgabe des zweiten Brotes für die Kinder bis zu 2 Jahren erfolgt wie er wie im Vormonat in den Wartenaußgabenellen des städtischen Lebensmittelamts. Bei der Abforderung ist die Vrolausweiserte und der Brotmarkenbogen für Kinder mit vorzulegen.

— Die Unterrichtszeiten in der gewerblichen und in der kaufmännischen Pflichtfortbildungsschule sind mit Beginn des Schuljahres 1920 bis auf weiteres in folgender Weise festgelegt: Für die kaufmännische Pflichtfortbildungsschule Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag im Sommer von 7 bis 10 Uhr vormittags, im Winter von 8 bis 11 Uhr vormittags, sowie Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 2 bis 5 Uhr nachmittags im Sommer und Winterhalbjahr; für die gewerbliche Pflichtfortbildungsschule vormittags täglich von 7 bis 11 bzw. 7 bis 1 Uhr, im Winter 8 bis 12 und 8 bis 2 Uhr, nachmittags täglich (mit Ausnahme von Sonnabenden) von 3 bis 5, 3 bis 7, 2 bis 6 oder 4 bis 6 Uhr.

— Konzentration des Bankkapitals. Wie wir hören, wird in der nächsten Zeit in Magdeburg eine neue Großbank-Niederlassung errichtet werden. Die Mitteldeutsche Kreditbank Frankfurt a. M. Berlin übernimmt das hiesige Bankgeschäft E. Menfeld u. Co. um es als Filiale fortzuführen. Das Haus ist im Jahre 1912 unter der Firma Bergmann, Nech u. Menfeld gegründet. Der Vater des jetzigen Inhabers Eugen Menfeld, Julius Menfeld, verlebte seine Zeit mit zu den Gründern der alten Magdeburger Privatbank. Die jetzigen Inhaber der Firma, Eugen Menfeld und Felix Toerne, werden in die Leitung der Magdeburger Filiale der Mitteldeutschen Kreditbank ein-treten. Die Geschäfte der neuen Filiale werden vorläufig in den Räumen der Firma E. Menfeld u. Co. fortgeführt. Nach dem voraussichtlich im Herbst beendeten Umbau wird die Firma in das Grundstück Alter Markt 29/30, den 6. Stock „Witzburger“, überziehen.

— Eisenbahnwagen zum Uebernachten. Wegen der un-anstigen Unterhaltsverhältnisse in Berlin hat die Eisenbahn-Ver-waltung auf dem Anhalter, Lehrter, Stettiner und Ostpreußischer Bahnhof in Berlin und auf dem Schöneberger Militärbahnhof Schlawagen zum Uebernachten aufgestellt. Der Preis für die Benutzung eines Wagens beträgt 15 Mark und 2 Mark Vorkaufsgeld. Vorkaufsgeldungen sind bei den An-gabestellen des Mitteleuropäischen Reise-bureaus bis zu 7 Tagen vorher möglich. Am Benutzungstage können die Waggons außerdem in der Zeit von 7 Uhr nachmittags (Son-n- und Festtage von 12 Uhr mittags) bis 12 1/2 Uhr nachts auch bei den Annahmestellen der bahnamtlich zugelassenen Berliner Gepäckbeförderung gelöst werden.

— Der Verwaltungsrat der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte beschloß mit 13 gegen 8 Stimmen, von der Ver-letzung der Anstalt nach Süddeutschland Abstand zu nehmen und sie in Berlin zu belassen, wo sofort ein neues Verwaltungsgebäude errichtet und Einbürgerungsmöglichkeit für die Beamten geschaffen werden soll. Bekanntlich bestand die Absicht, den Sitz des Verwaltungsrats in eine andere Stadt zu verlegen. Auch Magdeburg hat sich darum bemüht. Dann wurde bekanntgegeben, daß der Sitz nach Stuttgart verlegt würde. Jetzt bleibt der Verwaltungsrat nun doch in Berlin.

— Untersuchung gegen die Kappisten. Die Pressestelle des Oberpräsidiums teilt mit: Oberpräsident Görting hat auf seinen Antrag die Genehmigung und Ermächtigung der Reichs-regierung erhalten, die Untersuchungen aus Anlaß des Kapp-Putschs auch auf die Reichsbeamten auszudehnen.

— Aus dem Bädergewerbe. Vom Verbands der Bäder und Konditionen wird uns geschrieben: Der Bädermeister Gustav Wasserzieher Königsborner Straße 4b wohnhaft, hat den Bäder-lehrling G. Arnold derzeit mihandelt, daß dieser in ärztliche Behandlung gehen mußte. Der Körper des jungen Menschen war mit Schwielen und Wunden bedeckt. Vom Vater des mihandelten Lehrlings ist bei der Staatsanwaltschaft Straf-antrag gestellt. Dieser Bädermeister macht, wie uns mitgeteilt wird, Schiebergeschäfte in großem Umfang. Der Lehrling mußte Wehl, das im Schleichhandel erworben war, zentnerweise fortzuführen. Täglich wurde der Lehrling dazu be-nutzt, Wäsche ohne Marken in großen Mengen auf dem Festplatz am Cracauer Anger zu verkaufen. Weil nun einige von diesen Brötchen gestohlen wurden, erfolgte die Miß-handlung. Solchen prügelnden Bädermeistern müßte die Aus-bildung von Lehrlingen von der Behörde entzogen werden.

Der Zentralverband der Bäder und Konditionen konnte wiederholt feststellen, daß auch die Arbeitszeit von 8 Stunden von einem großen Teil der Bäderereien überschritten wird. Vor allem werden immer wieder die Lehrlinge von den Meistern dazu gebraucht, länger zu arbeiten. Die Gewerbeinspektion müßte unter allen Umständen hier schärfer zuweisen und eine regelrechte Kontrolle vornehmen lassen. Einzelne Bädermeister nehmen jetzt auch Entlassungen der Gesellen vor. Die Löhne sind durch die Organisationsleitung mit den Vertretern der Innung festgelegt und sind einigermassen den Löhnen, die in anderen Berufen bezahlt werden, angepaßt. Da diese höhern Löhne bei der Brotpreiserhöhung einmalkuliert werden, so hat der einzelne Bädermeister keinen Schaden. Nun scheint aber bei einigen Bädermeistern der Appetit beim Essen zu kommen. Sie entlassen die Gesellen, um noch den Lohn für sich in An-spruch zu nehmen. Es wird längere Zeit im Betrieb gearbeitet, die Lehrlinge werden nach allen Regeln der Kunst ausgenutzt. Es werden auch mehr Beschäftigte eingestellt als in Anbetracht der gegenwärtigen Situation im Gewerbe zweckmäßig erscheint.

Gesellen, die wegen angeblichen Arbeitsmangels vom Meister entlassen werden, müssen dieses sofort im Bureau des Verbandes melden; soweit die Entlassung nicht gerechtfertigt erscheint, wird sofort der Schlichtungsausschuß angerufen. Auch die Bäder-meister müssen der Verbandsleitung mitgeteilt werden, die den tarifmäßigen Lohn nicht zahlen. Die Löhne betragen jetzt für Gesellen bis 20 Jahre 145 Mark, von 20 bis 24 Jahren 160 Mark, für Gesellen über 24 Jahre 180 Mark. Ab 1. Mai müssen Löhne von 175, 190 und 210 Mark gezahlt werden.

— Regelung der Spielplatzfrage durch das Reichs-gesetz. Der Reichsminister des Innern hat dem Reichsausschuß für Körper-pflege mitgeteilt, daß er die von ihm als besonders dringend an-erkannte Spielplatzfrage einer als baldigen gesetzlich en-regelung zuzuführen beabsichtigt. Die Verhandlungen hier-über mit den Regierungen der Länder sind im Gange. Auch die Gründung der Deutschen Hochschule für Leibesübungen wird von ihrer lebhaft begrüßt, ein Zusätz aus Reichsmitteln ist für diese gewährt worden.

— Das Vorlesungsprogramm der Magdeburger Volkshoch-schule ist erschienen. Reges Interesse werden neben dem wie-derum wie bisher ausgestalteten zahlreichen Vorlesungen auch die Führungen der Herren Niemann und Vertram finden, welche bio-logische Ausflüge zur Einführung in die heimische Pflanzenwelt und die Lebensbedingungen ihrer Glieder angekündigt haben. Am 30. April ist die Vespung über die Teilnahme an diesen Ausflügen um 7 Uhr in der Bismarckschule. Neu sind Herrn Nie-manns Unterhaltungen über die Einsteinsche Relativitätstheorie und manches andre.

Kreisgeneralversammlung.

Am Sonntag tagte im 'Arbeitslohn' in Magdeburg die Generalversammlung des Unterbezirks Wolmirstedt-Neuhaldensleben. Sie war besucht von 57 Delegierten aus 49 Filialen. 31 Filialen sind nicht vertreten. Außerdem sind anwesend vom Vorstand des Bezirksverbandes die Genossen Schönsen und Herwig, vom Verlag der 'Volksstimme' Genosse Fabian, als Vertreter der Redaktion ist Genosse Nitzsch, als Vertreter des Bezirksverbandes der Arbeiterjugendvereine Genosse Ollenhauer anwesend. Zum Bericht der Sekretäre und zum Reichstagswahl sprach Genosse Neßler. Redner gab zunächst einen Überblick über die politischen Verhältnisse bis zur Gründung des Kreisparteiapparats und dessen Belebung durch zwei Sekretäre. Bei ihrem Antritt fanden sie ein reiches Arbeitsgebiet vor. Besonders umfangreich waren die Arbeiten bei den Gemeindevorstellern. In vielen Fällen fehlte es an geeigneten Beratern. Trotzdem erzielte die Partei in 32 Gemeinden eine sozialistische Mehrheit. In den letzten 9 Monaten wurden 185 öffentliche Versammlungen abgehalten. Redner wünscht, daß künftig ein besseres Zusammenarbeiten mit den Landräten stattfinden. Bedauernd wird, daß der Kreisrat sich noch nicht mit dem Kapp-Zustich und seinen Folgen beschäftigt hat. Die Notwendigkeit der Erhöhung der Beiträge und der Zahlung von Ersatzleistungen wurde eingehend besprochen. Beleuchtet wird die politische Situation, die durch den Kapp-Zustich für die Partei entstanden ist. Die geringe Energie, die die Reaktionen für die Kappverbreiter an den Tag gelegt hat, wurde vom Redner als außerordentlich bedenklich bezeichnet. Aufgefordert wird, daß die führenden Genossen im Kreise mehr als bisher an der eigenen Ausbildung arbeiten müßten. Ausdrücklich wurde darauf hingewiesen, daß der Hauptfeind bei den bevorstehenden Wahlen nicht rechts als links steht. Es ist erfreulich, daß vielerorts sich das Bestreben zur Schaffung einer Einheitsfront bemerkbar machte, aber die Ausführung des Gedankens ist an den Unabhängigen gescheitert. Mit allgemeiner Erörterungen über Einwohner- und Ortswehren, Siedlungen, Steuern, Steuerfragen, Hinterbliebenenrenten, Verkehrsfragen, Schulwesen u. a. schloß Redner seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen. Zum Klaffenbericht spricht Genosse Rudwig. Er gibt ein überflüssiges Bild über Einnahmen und Ausgaben und über den Wirtschaftlichen Zustand. Weiter fordert er auf, in den kommenden Wochen für pünktliche Kassierung und Abrechnung Sorge zu tragen und den Wahlsond zu stärken. Die Gesamteinnahmen belaufen sich auf 84.158,84 Mark, die Ausgaben auf 70.807,29 Mark. Das Vermögen des Kreises beträgt 15.456,79 Mark.

Den Bericht über den Stand der Parteipresse gibt Genosse Fabian. Er schildert die Schwierigkeiten, die der Presse durch die unzureichende Preisfreisetzung aller Verarbeiteten erwachsen. Den gewaltigen Anforderungen des Kapitals, die Arbeiterkraft mit alldenklichen und heutzutage nationaler Blättern zu überschweben, muß die sozialdemokratische Wählerkraft einen erhöhten Opfermut entgegenstellen. Es sind Aktionskommissionen zu errichten, die für die regelmäßige Kollportage Sorge zu tragen und neue Leser zu gewinnen haben. Unsere Presse kann in dieser Zeit ihre Aufgabe nicht im Schlimpfen erblicken, sondern sie muß Aufklärung über Aufgaben und Arbeit der Partei verbreiten. Bei dieser schwierigen Arbeit muß sie durch die Genossen im Lande unterstützt werden.

Den Bericht der Agitationskommission gibt Genosse Godeke (Döberitz). In verschiedenen Sitzungen wurden Rechnungsfragen und andere interne Organisationsfragen erörtert. Zur Reichstagswahl schlug die Kommission den Genossen Neßler vor. Der Bezirksausschuß hat den Genossen Neßler an die letzte Stelle der Kandidatenliste gesetzt. Dagegen hat die Agitationskommission in entscheidender Weise Stellung genommen. Für der endgültigen Liste steht Neßler trotzdem an letzter Stelle. Die Generalversammlung muß sich schlüssig werden, mit welchen Mitteln eine Aenderung der Kandidatenliste herbeizuführen ist.

Den Bericht der Revisionskommission gibt Genosse Hermann (Neuhaldensleben). Er begründet die Preiserrhöhungen und beschäftigt sich mit der redaktionellen Haltung. Die mehrstündige Aussprache beschäftigt sich vorwiegend mit der Kandidatenfrage. Behandelt werden weiter die Stellung der Partei zur Einigung und zum kommenden Wahlkampf. Das Resultat der weitläufigen Diskussion war die Annahme eines Antrags, daß die Generalversammlung den Genossen Neßler zum Reichstagskandidaten bestimmt. Einstimmig wird weiter folgende Resolution angenommen: Die heutige Generalversammlung hat mit Bedauern Kenntnis genommen, daß der Bezirksausschuß den Genossen Neßler bei der Aufstellung der Kandidatenliste an letzter Stelle aufgestellt hat. Die Generalversammlung protestiert gegen diese Maßnahme und verlangt für Genossen Neßler die höchste Stelle.

Genosse Herwig spricht dann über: Die Reorganisation der Partei. Redner gibt einen Überblick über die geographische Lage der früheren Reichstagswahlkreise und deren Bevölkerungsverhältnisse. Nach den Beschlüssen des letzten Parteitag in Weimar mußte am 1. April o. J. die Reorganisation der Partei eintreten in der Form, daß die politische Leitung der gesamten Magdeburger Wahlkreise in die Hände des Bezirkssekretariats übernommen wird. Die dadurch hervorgerufene Neuorganisation der Mitgliederbeiträge wurde eingehend erörtert, ebenso die Stellung der Parteisekretäre zum Bezirksvorstand.

hatte beschlagahmt. Wer hierfür als Bestohler in Frage kommt, wird ersucht, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 65, zu melden.

X Festgenommen wurden der Schlosser Franz Metz aus Köthen, welcher hier mit einem Kutscher aus Köthen in beträchtlicher Weise mit sechs Autokraden und zwei Autoschländern verkehrte wurde. Die Feststellungen ergaben, daß Metz die Sachen in der Nacht zum 15. d. M. aus einer Garage in Köthen gestohlen und der Kutscher sie zwecks Veräußerung hierher gefahren hatte. Der Schuhmacher Ernst Wilmann aus Fernersleben, welcher in den letzten Tagen verschiedene Fahrräder und in der Nacht zum 11. d. M. in Gemeinschaft mit dem wohnungslosen Arbeiter Karl Müller auf dem Budauer Friedhof Sachen beschriebener Art gestohlen hat.

Magdeburger Partei-Nachrichten.

Sozialdemokratischer Verein.

Bezirk Cracau-Pfeffer. Am Dienstag den 27. April, abends 8 Uhr, Versammlung im 'Cigarren'. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen der Elternbeiräte notwendig. Betriebsausschuß S. P. D. Am Mittwoch den 28. April, abends 7 Uhr, Sitzung in dem bekannten Lokal. Bezirk Neue Neustadt. Am Donnerstag den 29. April, abends 7 1/2 Uhr, Sitzung der Betriebsfunktionäre und Betriebsvereinsmitglieder S. P. D. in Saalbaum Wintergarten. Sozialdemokratische Stadtbezirksverwaltung. Am Dienstag abend 8 Uhr Sitzung. Arbeiter-Jugendbund Magdeburg. Bezirksgruppe Südendurg. Am Dienstag abend 7 1/2 Uhr in der Turnhalle Altsiedler Platz und Lieberabend. Am Dienstag abend 8 Uhr im Jugendheim Abendsabend aller Jugendmütter.

Theater, Konzerte u.

Versprechungen.

Die letzte literarisch-musikalische Weisheitsfeier im Stadttheater war eine erfolgreiche, dem großen Wirken gewidmet. Intendant Vogeler leitete auch diese Feier, durch warme empfindene und kluge Worte über den Sandhuhnmacherhohn auf Straßdorf, der einer der größten Dichter aller Zeiten war. Im Spätspeare-Bacon-Streit war der Redner geneigt, sich auf Seite Shakespeares zu stellen, da nur ein Schauspieler solche Kenntnis der Bühnenwelt haben konnte, nicht aber ein Hofmann wie Bacon. Die Darstellungen wurden wieder in musikalischer Umrahmung gegeben, nur noch die Instrumentalmusik vor, die von Mitgliedern des städtischen Orchesters angeführt wurde. Frau Pfeiffer-Löcher sang, und Albert Pfeiffer, Friedl Schmitt, Paul Rudolf Schulze und Theodor Penz assistierten. Der Besuch war noch besser als in den ersten Stunden, und diese Anziehungskraft wird sich noch verstärken, wenn bei der Zusammenfassung und Ausführung die gleiche Sorgfalt verwendet wird, wie das bisher der Fall war.

Theodor Penz gab am Sonnabend im Sphaeral ihren offiziellen Abschied von Magdeburg. Den mittelständigen Besuch ließ die Künstlerin die Höher nicht entgehen; sie schätzte, wie auch ein reiches Publikum die Künstlerin haben über sie ein. Zuerst Reden von Kalland, Goethe und anderen, dann Lieber und dann ein humoristischer Aufsatz, in dem der weisse Wilhelm durch nicht zu kurz kam. Im England und lang in freudiger Lebensbegeisterung. Und weiterhin des Wortes. Das kann und lang in freudiger Lebensbegeisterung. Und weiterhin des Wortes. Das kann und lang in freudiger Lebensbegeisterung.

Mitteilungen der Direktoren.

Stadttheater. Heute Dienstag: 'Traviata'. Mittwoch: 'Die Reise in die Mitternacht'. Donnerstag: 'Der Barbier von Sevilla'. Freitag: 'Rosa'. Sonnabend und Sonntag: 'Evangelin'. Sonntag vormittags 11 1/2 Uhr: 4. literarisch-musikalische Weisheitsfeier.

Vereins-Kalender.

Gattler. Am Mittwoch den 28. April, abends 7 1/2 Uhr, Versammlung bei Kleine, 'Neue Welt', Hagelsberg 8. Arbeitervereinsverband des Fleißers u. Haargeverbes. Dienstag den 27. April, abends 8 Uhr, Versammlung im Vereinslokal, Arnsdorf, Johannisdorf.

Wasserstände.

Ort	+ bedeutet über - unter Null		Ort	+ bedeutet über - unter Null	
	1. d. M.	2. d. M.		1. d. M.	2. d. M.
Pardubitz	25.4		Elben	22.4	+ 1.50 [0,23]
Brandeis			Gröbitz	28.4	+ 1.19
Reinick			Trositz		+ 2.44
Leimertitz			Brandenburg		+ 1.81
Wüstow			Kalbe Oberpegel		+ 1.72 0.02
Wendeb.	26.4		Kalbe Unterpegel		+ 1.28
Mittelsberg		+ 0.75	Gröbitz		+ 1.50
Wittenberg		+ 3.18	Brandenburg	25.4	+ 2.24
Wüstow		+ 3.63	Brandenburg		+ 1.68 0.02
Wittenberg		+ 3.34	Rathenow		
Barby	28.4		Oberpegel		
Magdeburg		+ 3.12	Brandenburg		
Langenmühle		+ 2.37	Brandenburg		
Wittenberg		+ 3.20	Unterpegel		
Renn	25.4	+ 2.72	Rathenow		
Wittenberg			Oberpegel		
Dachau	24.4		Rathenow		
Wittenberg	25.4		Unterpegel		
Sohnstorf	26.4	+ 1.88	Saaleberg		

Wettervorhersage.

Dienstag den 27. April: Wechselnde Bewölkung, kühl, Niederschläge in Schauern.

- Kindergarten und Kinderhort. Vom Verein Kinderschut für die Provinz Sachsen wird uns geschrieben: Für manche Familien unserer Stadt bedeutet der Schulanfang nach den Ferien immer wieder eine große Sorge, insbesondere wo der Vater fehlt und die Mutter dem Erwerb nachgehen muß. Wer sieht während der Schulzeit nach den kleinen Geschwistern? Und was sollen die aus der Schule heimkehrenden Kinder zu Haus anfangen, wenn die Mutter nicht da ist und gefehlt hat? Von selten der Stadt, der Kirchengemeinden und auch von privater Seite sind Veranstaltungen getroffen, solchen Familien bei der Kindererziehung zu helfen. Das sind unsere Kindergärten und Kinderhorte. Die meisten kirchlichen und privaten Gärten und Horte haben sogar Kinderpflege vorgesehen. Sie nehmen gegen eine ganz geringe Bezahlung die Kinder in Verpflegung. Die Adressen der Anstalten folgen hier:

Stadt Nord: Mädchenhort und Kindergarten: Kleine Schulstraße 24. Knabenhort: Altes Fischerufer 40 (geöffnet von 1 bis 1/2 Uhr). Gemischter Hort: Straßburger Straße 12 (1 bis 1/2 Uhr). Johannishort: Werkstraße 85a. Behalten: Hohenzollernstraße 1. Hausfrauenverein: Große Marktstraße 21. Kinderbewahranstalt: Scharnstraße 5. Markt Süd: Gemischter Hort: Bismarckstraße 23 (1 bis 1/2 Uhr). Domgemeinde: Fürstentumstraße 13. Sebastiansgemeinde: Prälatenstraße 31. Sudenburg: Knabenhort, Mädchenhort und Kindergarten: Königsweg 10d (1 bis 1/2 Uhr). Ambrosiushaus: Halberstädter Straße 45. Mariengemeinde: Braunschweiger Straße 18. Wudau: Knabenhort und Mädchenhort: Feldstraße 24/25 (1 bis 1/2 Uhr). Kindergarten und Hort: Strubeßstraße, Klosterberge Straße 1. Gertraudengemeinde: Brauerstraße 9. Nordbergegemeinde: Feldstraße 5. Wudau Insel Gemischter Hort: Leipziger Straße 48 (1 bis 1/2 Uhr). Neue Neustadt: Knabenhort, Mädchenhort und Kindergarten: Umfassungstraße 78 (1 bis 1/2 Uhr). Nikolaitergemeinde: Brüderstraße 14. Agnesengemeinde: Morgenstraße 9. Alte Neustadt: Knabenhort, Mädchenhort und Kindergarten: Stendaler Straße 10 (1 bis 1/2 Uhr). Martinigemeinde: Salzweideler Straße 1 und 2. Wilhelmstadt: Gemischter Hort: Spielgartenstraße 1a. Paulusgemeinde: Goeckestraße 22. (Weibe in Verbindung miteinander.) Friedrichstadt: Lutherergemeinde: Kirchstraße 18. Cracau: Pfeifferische Anstalt. Ida-Hilfs-Estif. Demsdorf: Gemischter Hort und Kindergarten. Preßler, Rothensee und Westehäusen: Gemischter Hort und Kindergarten.

- Schicksal deutscher Auswanderer in Brasilien. Die Reichszentrale für Heimatdienst, Landesabteilung Sachsen-Anhalt, schreibt uns: Wie wir vom Reichswandlungsamt erfahren, treffen zahlreiche Berichte aus Brasilien ein, welche die Kürzlich durch die Presse angegangenen Mitteilungen über das Schicksal der ersten von der brasilianischen Regierung kostenlos nach drüben beförderten deutschen Auswanderer bestätigen. Demnach hat die brasilianische Regierung kurzzeitig tatsächlich für die Einwanderer, denen hier in Deutschland nicht nur von dem Leiter von Auswanderer-Vereinen, sondern auch angeblich von dem brasilianischen Generalkonsul in Amsterdams Selbstständigkeit auf eigener Scholle besprochen worden ist, kein besiedlungsfähiges Land zur Verfügung. Wie groß die Enttäuschung der bereits drüben angekommenen deutschen Auswanderer ist, kann man sich vorstellen. Ein großer Teil von ihnen ist als Landarbeiter auf Kaffeeplantagen im Staate Sao Paulo untergebracht worden, mit welchem Dasein die meisten herzlich wenig zufrieden sind. Sie fürchten vielmehr, in blühende Abhängigkeit zu kommen. Die brasilianische Regierung hat übrigens die vorschlagsweise freie Uebersee-Beförderung von Einwanderern einseitig eingestellt.

- In der Freibank im Schlachthof wird auf folgende Nummern gleich verabsichtigt: Mittwoch den 28. April, vormittags 9-11 Uhr Nr. 2201-2230, nachmittags 3-5 Uhr Nr. 2231-2260, Donnerstag den 29. April, vormittags 9-11 Uhr Nr. 2261-2290, nachmittags 3-5 Uhr Nr. 2291-2320.

X Geschloffen wurden aus einem Vorratsraum im Schwibbogen ein 14 Pfund schwerer Schinken; aus einer Wohnung am Weiten Weg ein schwarzer Hirsch, und ein schwarzer Seidenmantel, ein schwarzer Rodanzug, eine goldene Damenremonteruhr mit langer Kette, gelbe und schwarze Herrenstiefel, ein schwarzer Lederzieher; aus einer Wohnung im Kobben ein braunschwarzer Damenmantel; Fahrräder: "Weidlich", Vorderrad weißer, Hinterrad roter Laufmantel, aus dem Aufbewahrungsraum ein braunschwarzes Fahrrad; ohne Marke, Rahmen und Felgen schwarz, gerabe Lenkstange, aus einem Hausflur im Schwibbogen; "Kaiser" (Damenrad), aus einem Hausflur in der Obenrieder Straße; aus einem Bureauaum in der Hofseier Straße zwei Schreibmaschinen "Continental", Nr. 48033 und 511; aus einer Wohnung in der Kleinen Steinmetzstraße je vier Deckbetten und Koffen mit Bezügen; aus einer Schenkwirtschaft am Abbeidring rote und grüne Tischdecken; aus einem Garten am Grüneberg eine größere Menge Rasenbrot; in Groß-Ammensleben ein Dreieckriemen, 9 Zentimeter breit, und ein Fahrrad "Wander", Rahmen und Felgen schwarz, nach oben gebogene Lenkstange.

X Wenn gefehlt der Hefer? Am 21. d. M. wurden im Nebengang eines Hauses in der Kleinen Zunkerstraße vier Säcke Hefer gefunden, deren Eigentümer nicht zu ermitteln war; von einem unbekannten Militärfahrzeug waren sie angeblich dorthin gebracht. Der Hefer ist anscheinend gestohlen und wurde beschlagnahmt.

Der Schandfleck.

Roman von Ludwig Angenruber (45. Fortsetzung.)

Tag reichte sich an Tag und Woche an Woche. Seit das Kind mit einer ältern, überlegenen Gespielin im Verkehr stand, diese täglich lieber gewann und auch seineinhalten beachtet und besorgte, ward es zusehends beruhigter, die widrigen Anfälle traten minder häufig und heftig auf, dafür hing aber auch Bürgerl wie eine Klette an Magdalena und diese behielt wenig Zeit für sich, und das hatte wieder für sie kein Gutes; die stete Bedachtnahme auf die Kleine, das Hineinleben in die neuen Verhältnisse und Vertrautwerden mit denselben beschäftigte, sie vollauf, und ganz von der Gegenwart in Anspruch genommen, fand sie keine Ruhe, sich um die Zukunft zu sorgen, oder die Vergangenheit, wenn sie welche auch nicht vergeffen konnte, sich zu vergegenwärtigen und Gedanken darüber nachzuhängen; und wenn, nach einem inneren Zerwürfeln zurückgebrängt, auch manchmal in nächtlichen oder wachen Träumen das Vergangene schmerzhaft dort aufzudrö, so dachte doch der Tag mit seiner fatten Farbe das matte Traumbild, und das unmittelbare Empfinden verdrängte das träumerische Gedenken.

Magdalena hatte nur jene Stunden für sich, während welcher der Lehrer mit Bürgerl sich abmühte, die Anzahl derselben war aber in letzter Zeit vermehrt worden. Lange schon hatte der Alte geflagt, daß das Kind so wenig aufmerke und so jäher in der Schule zu halten sei, aber in seiner Unbeholfenheit hatte er sich nur Knechten und Mägden auf dem Gehört und Leuten im Ort anvertraut, die alle ihm weder helfen konnten noch wollten und seine Aussage nur als willkommenen Stoff zu Klatsch benutzten, um dem reichen Bauer hintertricks eins aufzuhängen, die einen gaben ihm Schuld, daß er das Kind vernachlässigen lasse, die andern fanden ihn dadurch bestraft, daß dieses ganz und gar "beppig" sei und wohl auch sein Leben lang bleiben werde; wodurch er die Schuld auf sich lud und wo für er die Strafe trug, darüber gerbrachten sich allerdings weder die einen noch die andern die Köpfe. Ganz zuletzt kam dem Lehrer der Einfall, der vielleicht jedem andern zuerst gekommen wäre, sich an den Vater seiner nachlässigen Schülerin zu wenden, aber für den ärztlichen Mann war es eben kein kleines, dem Angehörigen im Ort und weit in der Runde zu sagen, beim Kind ist weniger als bei der

nächstbeste Kleinhäuslerange, der mir mit bloßen Füßen in die Schulstube gerannt kommt.

"Nichts für ungut, Grasbodenbauer," sagte er denn eines Tages, "aber ich kann Dein' Dirndl kein Bafang mehr verstaten, hm, hm, es ging wider mein Gewissen, sie bleibt mir hinter alle zurück, hm, hm, und wenn Du sie prüfen ließeft und sie bekam ein schlechtes Zeugnis, das wär mir eine ewige Schand', hm, hm, ja, denn wie wichtig ist Du reich für mein' Sach' bezahlt, möcht's schier aussehen, als käm ich nicht dafür auf; hm, hm, und da iät ich wohl bitten, Du verhielt' mir's dazu, daß sie auch an Donnerstagen und Sonntagen Lehrstunden nimmt, hm, hm, mich reut die Maß' nit und Du brauchst's nit extra z' lohnen."

"Weißt, Schulmeister," sagte der Bauer, "das fiel mir nit bei, daß ich Dich ansehndigen möcht, als verständig Du Dein' Sach' nit, wann Dir's gleich bei derer Teufelsbirn' festschläget. Das Käppl wär nit so schlecht, das weiß ich, aber Gleichheit ist kein's da, das weiß ich auch, und streng sein flekt da nit, ich dankte Gott, vertritt' sie wie ein anders ein' Tracht Schläg'; aber Du weißt ja! No, daß wir von der Sach' reden, was übers Bedungene hinausgeht, das kann ich mir nit idenken lassen und da drüber würden wir uns wohl einigen, ich frag Dich nit, ob Du glaubst, daß Du in derer Weis' was richt' ist?"

Der Schulmeister beteuerte seinen guten Glauben, in der Weis' wohl etwas richtig zu können, und der Grasbodenbauer war es zufrieden. Bürgerl zog freilich launere Gesichter, wenn sie nun jeden Donnerstag den Alten zweimal die Treppe heraufstumpfen hörte und wenn er sich gar Sonntags bald nach Tisch einstellte, aber an dem Vormittag mußte er sie wohl freigeben, denn da hatte er in der Kirche die Orgel zu spielen oder, wenn ein Hochamt war, die Geige zu streichen, wozu die andern zur Ehre Gottes darungslos paulten und trompeteten, als ob sie des Teufels wären.

Wie Wochen waren verstrichen, seit sich Magdalena auf dem Gehört des Grasbodenbauers befand, wieder war es Sonntag geworden, rings lag alles in feierlicher Ruhe, ein Teil des Gefandes, der den Nachmittag frei hatte, war gleich nach dem Mittagessen auf und davon gegangen, der andre Teil, der heim bleiben mußte, zerstreute sich, und die einzelnen oder ihrer etliche zogen sich zusammen nach einem schattigen Bänkel jurrid. Mägde vertrauten sich ihre Heimlichkeiten an, sagten sich alles Schöne und andern alles Ueble nach, besonders den gekloppen Nuben, und diese hielten es ganz gleich mit den "verhöllten" Dirnen. Von den einzelnen ging müßig, wer dazu Lust hatte, wer sich aber Arbeit wüßte, der beschäftigte sich müßig, manche Dirne letzte ihre schwebenden Kleidungsstücke sorglich makand und tat

dann wohl auch ein übriges für die ihres Schatzes, und dieser, wenn er sich anders darauf verstand, Schußzeug zu nageln, bergamt ihr an den Füßen, was sie ihm an den Armen, auf dem Rücken, oder sonst wo, geberiet. Alle aber erfüllte der tröstliche Gedanke, daß sie, die Heimbleiber von heute, über acht Tage die Herumtreiber sein werden, und das Vergnügen, das sie sich davon versprachen, lockten sie schon jetzt vor.

Als der Lehrer in Bürgerls Stübchen trat, nahm Magdalena eine Näharbeit mit sich, stieg die Treppe hinauf, um in den Garten zu gehen; unten im Flur angelangt, sah sie den Bauer an dem Türpfosten lehnen.

Ja, wie sie mit dem Grasbodenbauer daran war, das wüßte sie nicht. In der ersten Woche hatte die alte Seyherl, die gerade an Hüftschmerz litt, sie gebeten, ein Schöffl Wasser nach der Küche zu tragen; das Schaff war groß und trug sich schwer, der Bauer, der nahe stand, trat rasch hinzu, wollte anfassen und es mit ihr zu zweien tragen, aber Magdalena wollte sich nicht um alle Welt unklüger wie das alte Weibchen zeigen, das sich oft damit schleppen mußte, daher jagte sie lachend: "Aber was Dir nur einfallt, Bauer, wüßt mir doch nit helfen wollen des Klein' Vorderl' Waffers wegen." Bei der alten Seyherl kommt nie auf den Gedanken. Der Bauer erröte und lachte auch, dann aber sah er sie ernst an und sagte: "Weißt, weil Dir solch' Arbeit nit zulommt." Damit wandte er sich ab und seither, wenn sich auch Gelegenheit dazu schickte, war er ihr nie mehr beigeprungen und sprach nur wenig mit ihr, freilich dieses Wenige so freundlich, wie es den meisten Leuten gegenüber, seine Art war. Lieh er sie sich nur Bürgerls wegen auf seinem Poße gefallen und stand sie ihm weiter nicht zu Gesicht?

Anderer verhielt sich's mit Heiner, dem Großnechte, den Bürgerl so gerühmt hatte, der ließ es Magdalena gleich nach den ersten Tagen und seither bei jeder Begegnung merken, daß er ihr nur zu gut wäre, und darum wüßte sie ihm immer sorglich aus.

Der Bauer also, mit dem sie sich nicht aus wüßte, lehnte an dem Türpfosten, als er sie jetzt herankommen hörte, wandte er sich nach ihr um.

Es dünkte ihr nicht schickam, so ganz ohne Ansprache an ihm vorbeizuschlappen, sie deutete hinter sich nach der Treppe und sagte: "Der Lehrer ist oben."

"Ich weiß's," sagte er, "und wart' es'n auf, Dich?"

"Wi, Du mein," verwunderte sie sich.

"Komm mit, ich will mit Dir von der Buroerl reden." Er schritt des Weges voran.

1197 **Diebe**
sichere Versteigerung
Hofstr. Brauns, Apfelstraße 2

Martti-Reifende
Hilfsarbeiter, erziehen
in der Fabrik, in
Bielefeld, Sp. 1, 2,
3, 4, 5 Marti-Reifende,
Wiesenerstraße 5, Bielefeld,
Fabrik, Bielefeld 20.

**Gemeinsame Ortstrantentasse für Hand-
werk u. Gewerbe in Magdeburg-Neustadt.**
Bekanntmachung.

Die nach § 12 der Kassensatzung erforderlichen Miet-
bündeln des Ortstrantentassen, die der Versicherung-
pflicht neu unterworfen werden, müssen bis zum 4. Mai 1920
bewahrt sein. Die Nichtbeachtung dieser Vorschrift
unterliegt den gesetzlich angeordneten Nachteilen und
Strafen.
Für die Beschäftigten, die bereits gemeldet sind, für die
nach den Vorschriften der neuen Verordnung ein höherer
Grundlohn in Betracht kommt als der bisherige höchste
Kassensatz, haben die Arbeitgeber der Kasse spä-
testens bis zum 15. Mai 1920 die zur Berechnung der
Verträge erforderlichen Angaben auf dem von der Kasse
dafür bestimmten Vordruck zu machen.
Sonderverhandlungen werden gleich im Vorhinein
gegen § 318 der Reichs-Versicherungsordnung
bestraft.
In Gemäßheit der Vorschrift des § 3 der Verord-
nung über Berechnung des Grundlohns und Aus-
dehnung der Versicherungspflicht in der Krankenver-
sicherung vom 1. April 1920 werden die §§ 2, 17, 18 und
14 der Kassensatzung vom 18. Juni 1913 mit Wirkung
vom 20. April 1920 geändert.
Zu § 2 Absatz 1 tritt an Stelle des Jahresarbeits-
verdienstes von „fünftausend Mark“ ein solcher von
„dreitausend Mark“.
§ 17 Absatz 1 und 2. Die baren Leistungen der
Kasse werden nach einem Grundlohn bemessen. Als
solcher gilt das nach der verschiedenen Lohnhöhe huf-
weise festgesetzte durchschnittliche Tagesentgelt der Kas-
senmitglieder bis 40 Mark für den Arbeitstag. Zur Fest-
setzung des Grundlohns werden die Kassensatzungen
in 14 Stufen eingeteilt; Tabellen für festgesetzte Grund-
löhne, Verträge und Krankentage sind im Kassensatz-
buch in den Dienststunden von 9 bis 2 Uhr abzufordern.
Der Vorstand: S. E. Müller, Vorsitzender.

Gewerkschaftsrat Magdeburg.
Mittwoch den 28. April, abends 7 Uhr,
bei L. Hechtfeld

Ratell-Sitzung.
Tagesordnung: 1. Mitteilungen. 2. Beratung und
Beschlußfassung des Ortsrats. 3. Auszahlung der Er-
werbslosen-Unterstützung. 4. Verschiedenes.
Pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird erwartet.
Der Ratellvorstand.

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands
Zahlstelle Magdeburg.
Mittwoch den 28. April, abends 8 Uhr,
im „Diamantbräu“, Beckliner Straße 14

Generaiversammlung.
Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassensatzung vom 1. Quartal 1920.
2. Bericht von der außerordentlichen Genera-
lversammlung in Hamburg.
3. Wertsameraden! Die Platzbegleiter werden hiermit
gebeten, dafür Sorge zu tragen, daß auf sämtlichen Arbeits-
plätzen die Verbandsblätter kontrolliert werden. Verbands-
blätter sind zur Versammlung mitzubringen.
Einen guten Besuch dieser Versammlung erwartet
mit Gruß Der Vorstand.

Zur Lohnbewegung d. Holzarbeiter
Die Streikversammlung findet nicht am
Dienstag, sondern am
Mittwoch um 10 Uhr
bei Friedrich statt.
Die Verwaltung.

Zentralverband der Maschinisten u. Heizer
Zahlstelle Magdeburg.
Donnerstag den 29. April, nachmittags 5 Uhr,
im „Hohenzollernpark“, Weidestraße 119/120

Zentralverband der Hausangestellten
Ortsgruppe Magdeburg.
Mittwoch den 28. April, von abends 8 Uhr an,
im „Hohenzollernpark“, Weidestraße 119/120

Großes Frühlingsfest
unter Mitwirkung des Jugendbundes Freiheit. Für Unter-
haltung ist bestens gesorgt. Febl. ladet ein Der Vorstand.

Arbeitsmarkt

Ein alt. Arbeiter für Hof- u. Stall-
arbeit gesucht.
R. Knyrim & Co.

Städtisches Arbeitsamt Tüchtige Vorrichter, Vor-
richterin und Stepperin
sollt sofort ein 2. Buchhöl-
zschneiderei, Eddische-
hoffstraße Nr. 2122. 1188

Sichergesellen
sollt sofort ein 1082
Fritz Meißner, Tischlerstr.
Eckleben (Bez. Magdeburg).

Schriftsetzer-Lehrling
mit guter Schulbildung sofort
gesucht. 1155

Druckerei zum Gutenberg
G. u. v. S.
Magdeburg, Mittelstr. 7.

Felle
249 jeder Art
auch Wildwaren

**Schafwolle
Strumpfabfälle**
(Wolle) kauft
zu hohen Preisen
N. Kesten
Jakobstraße 14, I.
Kaufhändler
besondere Preise.

Altpapier
kauft höchstehend 1202
Herm. Leisner
H. Witzinger, 4. - Tel. 7460.
- Kostlose Abholung.

**Roßhaarnäden und
Schneebarten**
kauft
besonders gut
G. J. Decker, Dr. 132, S. 1.

Leere Glashallons,
a 50 bis 80 Liter Inhalt,
in Weiden- od. Eisenbüchsen
zu hohen Preisen
H. J. Decker, Dr. 132, S. 1.

**Kaufe sämtliche
Pfandscheine!**
Zahle erstaunlich
hohe Preise!
Max Eckstein, Königs-
hofstr. 5.

Uhren
werden sauber und preis-
wert repariert.
Otto Müller, Uhrmacher,
Alte Neustadt, Weinberg 48.

**Dachpappen
Dachlatten**
Solange Vorrat, verk. Carl Rich.
Stiefhauer, Olivenstraße Nr. 6
15-25 Mark
garantiert dauernd, tägl. Ver-
dienst für jedermann. Letzte-
saubere, angenehme, häusliche
Arbeit. Kein Wiedereverlauf.
Mitte um Adresse. Glimmer-
taren-Zentrale St. Wagh.
Chemnitz, Verdenstr. 1. 2157

Gänseküken
täglich bei 889
H. Hinske, Langenweddingen,
dort am Bahnhof - Tel. 140.
Mittwochs u. Sonnabends
Restaurant zur Bürse,
Eddischehoffstraße.

**Gutter-
schweine**
sind billig zu verkaufen. 1178
Franz Sieghart,
Sudenburg, Vergerstraße 18.

Kapelle
von 10 Mann zum
1. Mai noch frei.
Albert Brüggemann
Musikdirektor, Magde-
burg, Südost, Hubertusstr. 1
Telephon 90. 1193

Lichtspiele
115

Heute bis einschl. Donnerstag
Panorama-Lichtspiele
Eva May in
Eine Frauenbeichte
Tragödie in 4 Akten.
Charly Bill
Erstes Abendstück
des Verbrechers Charly Bill,
5 Akte.
In den Hauptrollen:
Cilli Bauer — Julius Brandt

Wir zahlen ab heute:
1/1-Weißwein, Rotwein, Rognat-Flaschen . . . Stück **35 Pf.**
1/1-Gelt-Flaschen . . . Stück **50 Pf.**
Brunnen-, Milch-, Portwein-, Burgunder- sowie
sämtliche 1/2, 3/4, 1-Liter-Flaschen.
Altmetalle | Altpapier
Kupfer, Messing, Rotguss, Blei, Zinn, Zink, Aluminium, Stanniol u. Eisenkapfeln
werden dauernd gegen beste Bezahlung angenommen. 913

Magdeburger Abfall-Sammlung
Große Münzstraße 13, Eing. Rüdigerstr. - Tel. 2094.
Abholung erfolgt kostenlos durch unser Geßpann.

Zentraltheater
Nur noch kurze Zeit!
**Sterne,
die wieder
leuchten.**
Beginn täglich 7 Uhr.

Porter-Aler
Kulmbacher, Ritzl,
Schulthaus u. Patzenbeler
in Siphons 846
Bierverlag Schmidchen
Gustav-Adolf-Str. 24
Telephon 6052 und
5407 Wohnung

Stephanshallen
Direktion Rich. Fröhner
Erstklassige Varieté-
Vorstellungen
sowie Aufführung von nur
801 einwandfreien
Volksstücken.

Südrestaurant
Cier-Preis-Stat.
Mittwoch, 118
Ehren- und Abschieds-
abend Paul Beckers.

**Fürstenhof-
Prunkaal.**
Beste 2 Tage!
Gastspiel Beckers
Der fidele Gauver.
Mittwoch, 118
Ehren- und Abschieds-
abend Paul Beckers.

Stadttheater
Dienstag den 27. April
abends **Rosa Katten**
Erabiata.
Anfang 7 Uhr. Ende 9 1/2 Uhr.
Mittwoch den 28. April
Die Reise in die Mädchenzeit.

Bauschutz
und andre feste Stoffe können
angefahren werden
Pickler & Co.
Königsborner Straße 99.
Fernsprecher 2519. 1155

Altmarker Hof, Tränberg 51
Dienstag und Mittwoch
Gr. Preis-Stat
118 Pf. Preise.

Wilhelm-Theater
Dienstag 7 1/2 Uhr
Gastspiel des Stadttheaters
Kater Lampe.
Mittwoch: Die Fledermaus.
Donnerstag
Abschieds-Vorstellung
Die Giardasfürstin.

Lehrmeister-Bücherei
Gartenbau, Blumenzucht
Der Handarten
Schmarbellen für den Garten
Salton u. Fenster im Blumenschmuck
Monatkalender f. den Blumengarten
Der Vorgarten
Sommerblumen
Salton und Fenster im Blumenschmuck
Gartenhäuser
Die Gartenlaube
Begehung im Garten und Park
Die schönsten Stauden
Geh- und Zierpflanzen
Blumenzeitung und -pflege
Anzucht und Pflege der Rosen
Schälbe der Rosen
Tabak und Zigarren
Preis jeder Nummer 1.00 Mk.
Buchhandlung Volksstimme
Große Münzstraße 3

Park-Lichtspiele
Heute bis einschließlich
Donnerstag:
Die Sünden der Väter
Modernes, dramatisches
Kulturspiel
4 Akte 4 Akte
Ein Walzer von Strauß
Eleganter Lebensbild
4 Akte
Sauptdarsteller:
Margit Barney
Franz Cornelius Fritz Schröder

**Der Klub
der Weiberfeinde**
Euphorie in 3 Akten
In den Hauptrollen:
Johanna Ewald, Erich Sandt.

Erfindungen Einbruch
Patent- u. Gebrauchsmuster-
Anmeldung. Ein-
schubung gegen Ur-
rechtsverletzungen durch
W. H. Altman, Technisch.
Bureau, Landsberg a. W.

Kammer-Lichtspiele
Heute bis einschließlich Donnerstag:
Tiefeland
nach dem spanischen Drama von Antonio
Guitierrez für den Film bearbeitet —
5 Akte
mit Gefangenen aus der gleichnamigen
Oper von Eugen d'Albert, Gefangenen von
Konzertsängerin Ellen May, Braunschweig,
fröhlichen Holoparsänger Marius Hansen,
Musik. Leitung: Kapellmeister Paul Wiegand.
Lotte Neumann
Helga Molander, Emil Birron, Rudolf Ehrlich
Der Weg der Grete Lessen
Schauspiel in 4 Akten.
Beginn: Wochentags 8 Uhr, Sonntags
8.30 Uhr. — Ende 10.45 Uhr. 116

Fürsten-Café
mit hochelegantem
Winter-Palmen-Garten.
Täglich nachmittags und abends:
Vornehme Salon-Musik.
Wein-, Likör- und Mokka-Zimmer.

**Walhalla
Lichtspiele**
Magdeburgs vornehmste Lichtspielbühne.
Heute und folgende Tage
Madame Dubarry
der größte französische Revolutionsfilm
aus der Zeit König Ludwigs XV.
7 Akte In den
Hauptrollen: **7 Akte**
Pola Negri
als Geliebte des Königs 813
Reinhold Schünzel, Harry Liedtke
Dicke Milch und Liebe
glänzendes Lustspiel in 2 Akten.
In der Hauptrolle:
Paul Hartenstein
Erhöhte Eintrittspreise!
Spielzeit wochentags von 6 bis 10 1/2 Uhr,
Sonntags von 3 bis 10 1/2 Uhr.

Zirkus-Lichtspiele.
Nur bis Donnerstag
Das Kabinett des Dr. Caligari
Schauspiel in 6 Akten. — Dazu neu
Die schwarze Marion
Drama in 4 Akten mit Charlotte Bücklin,
Reinhold Schünzel, Rudolf Lettinger.
Spielzeit: Wochentags von 6 bis 10.45 Uhr,
Sonntags von 3 bis 10.45 Uhr.

Raucht Bonitas!

Kleberinnen
außer dem Hause für Boden- u. Flachbeutel
bei lohnender u. dauernder Beschäftigung sucht
Georg Gerson, Aschersleben

werden, von denen einige nicht schon in einem Tage gefasst werden können.

Zu mehr als einem europäischen Lande vergrößerte sich die Mitgliedschaft der Gewerkschaften während des Krieges und noch mehr nach dem Waffenstillstand. Der Zuwachs der Mitgliedschaft kamte weitest von solchen, die vor dem Kriege nicht geneigt waren, an der Verantwortlichkeit der Gewerkschaften teilzunehmen oder ihren Beitrag zu dem allgemeinen Säckel zu leisten, aus dem die Gewerkschaften ihre sachungsmäßigen Ausgaben bestreiten.

Man hat uns mitgeteilt, daß einige Gewerkschaften auf dem Festland jetzt eine diesmal größere Mitgliedschaft haben als vor dem Kriege, und daß diese neuen Mitglieder überzeugt sind, daß sie viel besser geeignet sind, zu wissen, wie die Gewerkschaften geleitet werden müssen, als diejenigen, die schon vor dem Kriege Gewerkschaftler waren.

Es kann auch in der Gewerkschaftsbewegung eine zu schnelle Organisation geben, ebenso wie es im Heer eine zu schnelle Rekrutierung geben kann. Große Zahlen können, ebensowohl Schwäche wie Stärke bedeuten; Zahlen fallen nur dort ins Gewicht, wo eine genügend disziplinierte Organisation vorhanden ist, um die Massen zu befähigen, unter weiser Leitung zusammenzuwirken.

Der Gewerkschafter wird nicht in einem Tage gemacht, auch nicht in einer Woche. Dazu gehört noch etwas mehr als die Aufnahme und die Unterweisung der Mitglieder. Die Gefahren, die das schnelle Anwachsen der Mitgliedschaft zur Folge hat, haben sich schon hier und in Amerika gezeigt, wo große Massen von Leuten früher so sehr von ungewerkschaftlichem Geist erfüllt waren, daß sie abgeneigt waren, Beiträge zu zahlen und sich der Gefahr einer Maßregel auszusetzen, nimmere jedoch Gewerkschaftsmitglieder geworden sind, nachdem Verträge mit der Regierung oder mit Behörden ihnen Schutz gegen Schädigungen gewährleistet im Verein mit den durch Tarifverträge bedeutend verbesserten Arbeitsbedingungen.

Weder in Europa noch in Amerika hat sich seit dem Kriege etwas ereignet, was die Gewerkschafter berechtigen würde, irgend eine von der Handlungsweise abzuweichen, die sich früher als so erfolgreich erwiesen hat. Wenn diejenigen, die jetzt unter letzteren und unangenehmen Bedingungen Mitglieder geworden sind, sich nicht dazu verstehen, zu erkennen, daß ihr Wohl davon abhängt, daß sie die Erfahrungen beherzigen, die organisierte Arbeiter schon haben durchmachen müssen, so können sie die Organisationen, von denen sie Mitglieder sind, in gefährliche oder unglückselige Unternehmungen stützen.

Die Nationalversammlung.

170. Sitzung.

Berlin, 24. April, 1 Uhr.

Präsident Fehrenbach teilt mit, daß die von der Nationalversammlung zur Erinnerung an den Weimarer Aufenthalt gestiftete Goethebüste im dortigen Goethe-Museum aufgestellt worden ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhebt Abg. Kahl noch einmal Einspruch gegen die beiden Neben des Reichsjustizministers vom 14. und 15. April und verlangt die Zurücknahme des dort enthaltenen Inhalts: „Professoren, Juristen und Tänzlerinnen kann man überall um Geld haben.“ (Unruhe links.)

Reichsjustizminister Dr. Blund legt gegen die Ausführung des Abgeordneten Kahl auf das adernachrücklichte Verwahrung ein.

Ein Ersuchen des Amtsgerichts Weilmünster auf Genehmigung der Strafverfolgung des Abgeordneten Becker (Coppeln, Soz.) wegen Verleumdung wird abgelehnt.

Ebenso wird, wie vom Ausschuss vorgeschlagen, die Genehmigung der Strafverfolgung der Abgeordneten Geyer Vater und Sohn (Unabh. Soz.), die bei dem Leipziger Ruffsch unter Drohungen mit Wassergewalt 400 000 Mark von der Leipziger Stadtkasse erpreßt haben sollen, abgelehnt, da die Beschuldigten nicht in persönlichen, sondern im Parteinteresse gehandelt und keine ehrlöse Bestimmung bewiesen haben.

Abg. Warmuth (Dt.-natl.) berichtet dann über die Ausschussberatungen im Falle Braß. Der Ausschuss beantragt Verweigerung der vom Oberreichsanwalt nachgesuchten Genehmigung für Strafverfolgung des Abgeordneten Braß (Unabh. Soz.) wegen Landesverrats, da es sich um ein politisches Verbrechen handelt.

Abg. Wöbe (Soz.): Da große Parteien für die Genehmigung zur Strafverfolgung stimmen wollen, wenn die Zurückverweisung an den Ausschuss abgelehnt wird, stimmen auch wir für die nochmalige Ausschussberatung. Mit meinen Fraktionsfreunden sehe ich aber den Fall Braß für viel schlimmer an als alle andern Fälle, namentlich als den Fall Braß.

Hierauf wird der Fall Braß mit großer Mehrheit an den Ausschuss zurückverwiesen.

Das deutsch-französische Abkommen über Zahlung der elsass-lothringischen Pensionen wird in allen drei Lesungen einstimmig angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über den Übergang der Staatsbahnen auf das Reich.

Abg. Dr. Becker (Hessen, Dt. Sp.) weist als Berichterstatter darauf hin, daß das Gesetz nur im ganzen angenommen oder abgelehnt werden könne.

Reichsverkehrsminister Dr. Voss: Der vorliegende Gesetzentwurf ist zwar ein Kompromiß, aber ein Fortschritt. Das Verlangen der Länder ist nicht unbillig, denn bei der gegenwärtigen Valuta müßte ja fast des drei- bis fünffachen Anlages der zehnfache Wert in Frage kommen. Die Verstaatlichung, die Reichsbahnen könnten niemals veräußert oder verpfändet werden, ist entgegen allen Gerüchten vollkommen grundlos. Wir werden bald an die Einführung des Zweiklassenverkehrs und an eine Reform des Tarifwesens herangehen. Der heutige Tag, der endlich die deutsche Verkehrseinheit begründet, wird in der Geschichte als historischer Festtag als ein Sinnbild für die auch in der schwersten Zeit unerfütterliche deutsche Einheit.

Die Vorlage wird in zweiter und dritter Lesung gegen die beiden Stimmen des bayerischen Bauernbundes angenommen.

Das Gesetz über die Aufhebung der Gebührenfreiheit im Post- und Telegraphenverkehr wird in dritter Lesung angenommen.

Es folgt das Gesetz über den Übergang des bayerischen und württembergischen Postwesens an das Reich.

Reichspostminister Wiesberts dankt den Ministern von Bayern und Württemberg für das gute Zusammenarbeiten an dem gemeinsamen Werke, das zu einer Förderung des deutschen Einheitsverkehrs unter Wahrung auch der finanziellen Eigenart auch der süddeutschen Staaten führen soll.

Die Vorlage wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Die Erhöhung der Postgebühren.

Über 20 Gramm bis zu 250 Gramm 60 Pfg.; für die Frankfurter bis zu 50 Gramm 10 Pfg., über 50 bis 100 Gramm 20 Pfg.; bis 250 Gramm 40 Pfg., bis 500 Gramm 60 Pfg. und bis zu 1000 Gramm 80 Pfg.

Diese Gebühren sollen schon am 1. Mai in Kraft treten. Ferner werden die Fernspreckgebühren beträchtlich erhöht und in den großen Bezirken verdoppelt. In einer weiteren Vorlage wird der Erhöhbetragsbetrag für verlorengegangene Pakete auf 10 Mark das Pfund festgelegt.

Abg. Fischer (Berlin, Soz.): Die ungeheure Verteuerung des Fernspreckverkehrs durch die Forderung des 1000-Mark-Darlehens können wir nicht billigen. Die Erhöhung der Gebühren läßt sich freilich nicht vermeiden. Die beste Lösung wäre die Uebernahme aller Zeitungsbestellungen in Groß-Berlin durch die Post. Bei der jetzigen ungeheuren Gebührenerhöhung würden viele Zeitungen einfach zum Eingehen verurteilt sein.

Abg. Trimborn (Ztr.): Wir beantragen, die Erhöhung der Zeitungsgebühren erst zum 1. Oktober in Kraft treten zu lassen. Reichspostminister Wiesberts: Der Ruf der Billigkeit geht mit dieser Vorlage für die Post verloren. Aber die Post zwingt uns dazu. Die Schwierigkeiten der Presse kenne ich wohl, wir müssen aber versuchen, das Defizit herauszuwirtschaften. Die Uebernahme des Zeitungsbestellungsverkehrs in den Großstädten würde nur mehr Kosten verursachen. Die ungewöhnliche Erhöhung der Fernspreckgebühren ist zur Erweiterung und Ausbesserung der Leitung und Netze, die 1,5 Milliarden erfordern, notwendig.

Abg. Ruffsch (Dem.): Die Zwangsanleihe für die Fernsprecknehmer lehnen wir ab.

Abg. Brühl (Dt.-natl.): Wenn die Gebührenerhöhung nicht zu umgehen ist, dann darf sie für die Presse erst am 1. Oktober wirksam werden.

Abg. Mast (Dt. Sp.): Auch wir erkennen die finanzielle Notlage der Post nicht; wir entschließen uns nur schwer zu neuen Verkehrsbelastungen.

Abg. Jubeil (Unabh. Soz.): Im Postbetrieb können auf andre Weise die erforderlichen Ersparnisse gemacht werden, zum Beispiel durch Entlassung zahlreicher überflüssiger Kräfte. In der Telegraphenverwaltung kommt auf drei Arbeiter eine Luftschiffperson. Das nennt man dann sparen. Immer mehr Rajen, aber sehr wenig Entgegenkommen für das Publikum. Das Publikum wird als mitleidende Kuh betrachtet.

Abg. Jrl (Ztr.): Wie werden die Erhöhungen der Postgebühren zustimmen, die gewaltige Verteuerung des Fernspreckverkehrs müssen wir ablehnen.

Reichspostminister Wiesberts: Wenn wir aber die Arbeiter und Beamten auskömmlich besolden wollen, dann müssen wir auch das nötige Geld bewilligt erhalten. Damit schließt die Aussprache.

Vor der Abstimmung wird der Antrag, die Zwangsanleihe bei den Fernsprecknehmern zu erheben, nach der Feststellung des Präsidenten Fehrenbach abgelehnt. Ebenso werden alle übrigen auf Milderung der Gebührenordnung abzielenden Anträge in zweiter und gleich darauf dritter Lesung abgelehnt.

Die Vorlage ist also nach den Ausschussbeschlüssen angenommen.

Angenommen wird der Antrag Trimborn, wonach die Erhöhung der Zeitungsgebühren erst am 1. Oktober in Kraft tritt.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzes über den Bankrottvergleich.

Trotz des Vorschlags des Vorkommens, von der Beratung dieses Gesetzes abzusehen, beschließt auf Empfehlung des Reichsarbeitsministers Schilde eine geringe Mehrheit, die Vorlage ohne Aussprache an den Wahnsinnsausschuss zu überweisen.

Es folgt der Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft betreffs Wändrung der Vorschriften über Annahme von Kriegsanleihen an Zahlungs Statt.

Abg. Bernann (Dem.) beantragt namens des Ausschusses, daß beim Erwerb von Staatsgut durch wirtschaftliche Genossenschaften auch die Kriegsanleihen der Einzelmitglieder als Zahlungsmittel angenommen werden sollen.

Nachdem sich der Reichsfinanzminister Dr. Wirth zu alsbaldigen Verhandlungen mit den Vertretern des organisierten Handwerks bereit erklärt, wird der Antrag angenommen.

Montag 1 Uhr: Zweite Lesung des Notetats, Anträge auf Lohn- und Gehaltszahlung für den Generallitref, Arbeitsruhe am 1. Mai, Aufhebung des Ausnahmezustandes, Gewährung einer allgemeinen Amnestie.

Schluß 8 Uhr.

Der neue Stimmzettel.

Das neue Reichstagswahlgesetz, das am Freitag die dritte Lesung passiert, ändert auch den Stimmzettel. Es wird bei der nächsten Wahl nicht mehr notwendig sein, alle Kandidaten auf ihm zu nennen. Es genügt durchaus, wenn einer aus der aufgestellten Liste auf dem Stimmzettel steht. Er gilt dann für die ganze Liste, auch kann die allgemeine Parteibezeichnung auf dem Stimmzettel genügen.

Wichtiger als diese Bestimmungen ist der Wegfall der bisherigen Anordnung, daß der Stimmzettel aus geglättetem weißem Papier gedruckt werden muß. Diese Bestimmung hat längst ihren Sinn verloren, seitdem die Abgabe des Stimmzettels im unübersichtlichen Kubert vorgezeichnet ist. So wird bei den kommenden Wahlen der Stimmzettel auf Zeitungspapier gedruckt werden können und wird dann trotz des hohen Papierpreises doch nur einen Bruchteil eines Pfennigs kosten, während die auf dem bisher vorgeschriebenen geglätteten weißen Papier mehrere Pfennige gekostet hätten, was neben der sonstigen Vergrößerung der der Wahlkosten eine ganz außergewöhnliche Verteuerung der Wahlvorbereitungen hervorgerufen hätte.

Großberlin.

Die Beratung über den Gesetzentwurf Groß-Berlin wurde am Sonnabend in der Preussischen Landesversammlung zu Ende geführt. In der zweiten Lesung brachten die Demokraten mit Hilfe der Rechten und des Zentrums noch die Verschlechterung in die Vorlage, daß das Gesetz erst am 1. Oktober d. J. statt am 1. Juli in Kraft treten soll. In der dritten Lesung blieb der Entwurf so wie er in der zweiten Lesung geblieben war, unverändert, obwohl zwei Hammelsprünge nötig wurden. Einmal hatten die Deutschnationalen den Antrag aus der zweiten Lesung wieder aufgenommen, daß Groß-Berlin nicht Eingetragene, sondern Gesamtgemeinden werden sollte. Dafür traten wieder die Rechtsparteien, das Zentrum und ein Teil der Demokraten ein, sie brachten jedoch nur 101 Stimmen gegen die 118 der beiden sozialistischen Fraktionen und des Restes der Demokraten auf. Der Antrag unfer Genossen, das Gemeindefürrecht der neuen Stadt dem Landtagswahlrecht entsprechend zu gestalten, wurde mit den 118 Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen die 101 Stimmen der Sozialdemokraten und Unabhängigen abgelehnt.

Bei allen Abstimmungen bildeten somit die Demokraten das Büngelein an der Wage und nur ihnen ist es zu verdanken,

daß schon das Kompromiß in Hammerstad aufgehoben ist und auch das Antratreten des Gesetzes jetzt noch hinausgeschoben wurde. Am Montag will das Haus die Verfassungsberatung beginnen.

Notizen.

Schippel kandidiert wieder. Eine Konfessionskonferenz des 10. sächsischen Wahlkreises (Chemnitz) hat nach einem Referat des Genossen Schippel einstimmig beschlossen, diesen als Kandidaten für die Reichstagswahl aufzustellen. — Schippel hat bis zum Jahre 1905 für Chemnitz dem Reichstag angehört. Nachdem er sein Mandat niedergelegt wurde an seine Stelle Genosse Mose gewählt. Augenscheinlich soll jetzt Schippel wieder an Mose's Stelle treten.

Die Kommunisten wollen wählen. In der Mitgliederversammlung der kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund), Bezirk Groß-Berlin, wurden als Kandidaten für die Reichstagswahlen folgende Personen vorgeschlagen: 1. Maria Jettin (Stuttgarter), 2. Paul Levi (Berlin), 3. Wilhelm Ried (Steglich-Berlin), 4. Paul Lange (Lautz), 5. Ernst Meyer (Steglich), 6. Hugo Ehrlein (Markendorf), 7. Fritz Sedert (Chemnitz), 8. Rolf Wolffstein (Berlin), 9. Otto Krause (Neudöhlen), 10. Fritz Dinguth (Neudöhlen), 11. Max Hirtel (Neudöhlen), 12. Hermann Kahl (Berlin), 13. Bruno Peters (Charlottenburg), 14. Jakob Walcher (Stuttgarter).

Herings für Deutschland. Im Auswärtigen Amt ist ein neues Heringsabkommen mit Norwegen unterzeichnet worden, das die Lieferung von 1 Million Faß Herings zum Höchstbetrag von ungefähr 40 Millionen Kronen vorseht. Mit dem Kaufvertrag ist ein Finanzabkommen verbunden, in dem Deutschland die Kaufsumme mit Laufsterminen bis zu 10 Jahren kreditiert wird.

Der Bund entschließener Schulfreier hat sich nunmehr auf alle Lehrer und Lehrerinnen und alle Schulkarten ausgedehnt. Unter gemeinsamem Vorstand gliedert er sich nach den Schularten in zwei Abteilungen (der Stochkraft wegen): für die Lehrer an höheren Schulen, Vorsitzender Professor Paul Ostreich (Anmeldungen an Dr. Franz Müller, Rantow, Charlottenstraße 52) und für die Lehrer an Volks- und Mittelschulen (Vorsitzender Nestor Seinig, Charlottenburg, Schloßstraße 52). Gemeinsames Ziel ist die elastische, innerlich differenzierende Einheitschule mit einheitlichem Lehrplan. Alle Lehrer und Lehrerinnen in Deutschland, die sich zu neuen Zielen auf den Boden des freien Volkstaats und in sozialistischem Geiste bekennen, werden zur Mitgliedschaft in der Bund aufgerufen. Jeder interessierte Nichtlehrer kann außerordentliches Mitglied werden.

Bauer Verkehrsminister. Nachdem nun sämtliche beteiligten Parlamente den Vertrag über die Verreichlichung der Eisenbahnen angenommen haben, steht die formelle Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich zum 1. Mai bevor. Die Verwaltung der Eisenbahnen erfolgt bereits seit 1. April auf Rechnung des Reiches. An die Spitze des Reichsverkehrsministeriums tritt auf Grund der Vereinbarung mit den Gewerkschaften der frühere Reichskanzler und jetzige Reichsfinanzminister Bauer. Minister Voss wird voraussichtlich Nachfolger Bauers im Reichsfinanzministerium. Minister Deiser bleibt preussischer Minister der öffentlichen Arbeiten; er hat als solcher in erster Linie die große Vorlage über den Mittelkanal zu erledigen und die Abwicklung der preussischen Eisenbahnverwaltung durchzuführen.

Die Franzosen in Frankfurt. Vom französischen Kriegsgericht wurde der Chemiker Dr. Hugo Hueb aus München zu 15 Tagen Gefängnis verurteilt, weil er am 7. April eine französische Militärperson bedroht haben soll, ferner der Arzt Dr. Euler wegen Verleumdung und Bedrohung einer französischen Schiffschwache zu 10 Tagen Gefängnis.

Der Streik in Elsass-Lothringen. Wie der „Matin“ aus Diederhofen meldet, sind alle Fabriken mit Ausnahme einer einzigen, gegen die sich Kundgebungen richteten, stillgelegt. An verschiedenen Orten seien die Soldaten von Ausständigen angegriffen worden. Man habe ihnen die Gewehre abgenommen und diese vernichtet. Die Truppe besitze keine Patronen. (?) In Diederhofen selbst hätten Ausständige mit der roten Fahne die Stadt durchzogen und revolutionäre Lieder gesungen. Die Bewegung sei nicht wirtschaftlich, sondern revolutionär. Laut „Temps“ haben die gewerkschaftlichen Arbeiter Straßburgs heftig gegen die Anwesenheit einer arrolkanischen Division protestiert, derselben, die aus Frankfurt zurückgezogen wurde. Nach Meldung aus Metz ist der Eisenbahnerstreik in Lothringen allgemein. Diezüge Paris—Nancy gehen nur bis Pagny.

Sächsischer Parteitag. Auf einer am Sonntag in Meissen begonnenen Delegiertenkonferenz der sächsischen Sozialdemokraten verlangte der Fraktionsvorsitzende Sandermann das Festhalten an der demokratischen Tradition, ferner, daß die Einigung mit den Unabhängigen nicht abhängig gemacht werde von der Entzerrung der Demokraten aus der Regierung. Alsdann sprach Koste und entwickelte die Ansicht, daß, wenn die Sozialdemokraten nicht völlig außer Rand und Band gewesen wären, die Wirkungen des Kapp-putsches nicht hätten so groß werden können. Das deutsche Volk könne Experimente wie in der Zeit Kerenski nicht vertragen. Ein wenig merkten dies auch die Unabhängigen. Man müsse den Mut haben, zu sagen, daß es noch einige Zeit dauern werde, bis es allmählich aufwärts gehe. Die Offiziere, die am Kapp-putsch beteiligt waren, seien außer Ludwig nicht die aktiven Offiziere gewesen, sondern die, die er an die Luft geschleht habe. Viele habe er gegen sein Gefühl hinausgeworfen, der putsch aber kam, weil Tausende von Offizieren und Unteroffizieren einer ungewissen Zukunft preisgegeben werden mußten. Kurzzeit gebe es keine andre Möglichkeit, als mit der Koalition zu begreifen, weil man keine sozialistische Mehrheit habe.

Die Verschwendung. Ueber der Unterschift „Die Verschwendung von Reichsgeldern“ führt die „Deutsche Tageszeitung“ darüber Klage, daß ein Journalist Gustav Hochstetter 8000 Mark für literarische Propaganda zur Förderung der Spar-Prämien-Anleihe erhalten habe. Natürlich ein Beweis der „republikanischen Korruption“. Ohne irgend eine Behauptung zu wollen, daß die Honorierung des Herrn Hochstetter mit seinen literarischen Leistungen im Einklang steht, möchten wir doch feststellen, daß auch im alten Kaiserlichen Deutschland bei der Auslegung jeder neuen Kriegsanleihe die Redaktionen mit den Propagandagebüden des Herrn Hochstetter förmlich überhäuft wurden. Manche Redaktion erhielt seine mäßigen Verzeugsnisse zehnmal hintereinander zugesandt. Das Hochstetter im kaiserlichen Deutschland diese Propagandatätigkeit gratis ausgeübt hat, wagen wir zu bezweifeln. Helferrich hat seine Federstetigkeit zu halten gewußt.

Caillaux in Freiheit. Caillaux ist Sonnabend mittag in Freiheit gesetzt worden. Er hat sich vom Sanatorium in Neuilly nach seiner Wohnung begeben und erklärte, daß er sich nach dem Departement Sarthe zurückziehen werde.

Stadtgeschäft I, Zentrum: 890	Elbe-Kohlenkontor G.m.	Stadtgeschäft II Lemsdorf-Sudenburg:
Bahnhofstraße Tor 7.	Tel. 1908	Ecke Seehäuser u. Blankenburger Str.
Grosshandel: Magdeburg, Kaiserstr. 37		
Tel. 621		

Waschstoffe

Schleierstoff, 70/80 cm, bedruckt	Meter 26.50 bis 18.50
Schleierstoff, 100/110 cm, bedruckt	Meter 46.50 bis 39.50
Wollwolle, 80 cm, bedruckt	Meter 20.50
Wollwolle, 110/115 cm, glatt und bestickt	Meter 64.00 bis 48.00
Baumw. Muffelwolle, 80 cm, hell u. dunkel	Meter 29.50 bis 22.50
Baumw. Muffelwolle, 80 cm, Dirndl-Muster	Meter 29.50 bis 22.50
Profilé, 180 cm, schwarz/weiß farbig	Meter 69.00
Sportswell, beste Qualität, für Blusen u. Hemden	Meter 39.50
Niederdruck, 80 cm	Meter 24.50
Schürzenstoffsatin u. Kretonne, 80/100 cm	Meter 29.50 bis 24.50
Satin, einfarbig, gute Qualität	Meter 48.00 bis 42.50
Serge, Baumwolle, 140 cm, farbig	Meter 65.00

Sämtliche Baumwollwaren:

Hemdentuche, Wäsche, Bettzeuge, Handtuchstoffe, Futterstoffe usw. in guten Qualitäten zu billigsten Preisen.

Rudolf Broetje

Jacobstraße, Ecke Peterstraße.

Zweiggeschäfte: Budau, Thiemstraße Nr. 1, Neustadt, Lübecker Straße Nr. 118.

Was schenke ich?

Diese Frage macht keine Kopf-
schmerzen, wenn Sie zum
Uhrmacher

Vaternacht

Or. Diesdorfer Straße 218
— Ecke Annastraße — geben.

Große Auswahl in Taschen-Uhren,
Zimmer-Uhren, Küchen-Uhren und
Wecker-Uhren. Gute Werke.

Schmucktaschen, wie Kolliers, Broschen, Armbänder,
Ringe und Ketten für Herren und Damen. 878

Echte Rathenower Brillen u. Klemmer.

Schokolade
Kakao — gute Qualität —
Pfund 25.00 Mk.
Kaffee — ungebraunt, gut und
rein schmeckend, Pfd. 25.00 Mk.
Ceylon-Tee —
Pfund 22.00 Mk.
Hoffmanns Reisstrahlenstärke
Pfund 14.00 Mk.
Curt Rabe, —
Wolffstraße 12a,
Eing. Südfenster.

Vickel Mitterer

Sommerprossen, Pöste, überh. alle Haut-
unreinheiten beseitigt. Überraschend schnell
mit glänzendem Erfolg und verschafft blendend reinen
Teint. Viele Dankschreiben. Preis Mk. 4.75, Doppel-
dose Mk. 7.50. Versand distr. nur R10

Dr. K. Hoffmann & Co., Berlin-Schöneberg E 35

Gufurwangen

Hornhaut, Flecken und Warzen
beseitigt man schnell, sicher und schmerzlos mit
Kukirok. In vielen tausend Fällen glänzend be-
währt. Kukirok ist in Apotheken und
Drogerien zum Preise von Mk. 2.00 erhältlich. Lassen Sie
sich nicht anders aufreden, es gibt nichts Besseres.
Hennenberg & Co. Nacht-, Wippenstraße, und sämtliche
Glasen, und Hermann Lorenz, am Markt.

Magdeburger Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft

Bei Wiederaufnahme des Betriebs tritt für den Bereich der
Magdeburger Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft ein neuer Tarif in Kraft.
Der Fahrpreis für eine einzelne Fahrt mit einmaliger Umfah-
berechtigung beträgt 40 Pf. Für die Derrentungslinie bleibt wie
bisher die Umfahberechtigung ausgeschlossen.
Die jetzigen Fahrpreise werden wegen Papierknappheit aufge-
braucht und als 40-Pf.-Fahrpreise ausgegeben.
Bei den Zeitkarten für Erwachsene und den Schulzeitkarten wird
der bisherige Preis vom 1. Mai d. J. an um 80% erhöht.
Arbeiterwochenkarten für 12 Fahrten werden zu Mark 3.85
ausgegeben.
Magdeburg, den 24. April 1920.
Der Vorstand. W. Ritzing.

1/1 Selt-Flaschen Stück 50 Pf.
1/1 Weißwein-, Rotwein-,
Kognat-Flaschen Stück 35 Pf.

Brauner, Milch-, Portwein-, Burgunder-,
sowie sämtliche 1/2, 1/4, 1 Liter-Flaschen

Altmetalle Kupfer, Messing, Rotguss, Blei, Zinn,
Aluminium, Stanniol und Glasflaschen

Altpapier Zeitungen, Zeitschriften, Alten, Geschäftspapier,
Kassabücher, Papierabfälle sowie sämtliche Sorten
Gewebe, Hüte, Lampen, Wolle kaufen

Sorger & Freund

Schönebeckstraße 12.
Fernruf 7728 u. 6545. Jeder Posten wird kostenlos abgeholt.

Alle Sorten künstliche Blumen
Laub, Früchte, Gefäße, Pläne, hermitische Neuheiten

Hutblumen und Ranken

C. Siebert, Karlsruherstraße 4, Ecke Brandenburger Straße.
Eingelieferter, für Pflanzmädchen billigst.

Salt!

Wollen Sie
die höchst. Tagespreise für
Altmetalle

Fahrrad-

Mantel u. Schläuche
aus feinstem Naturgummi
und in bester Qualität.

Richard Kruse
Expres- u. Panger-Fahrräder
Lübecker Straße 103.

Haus-, Sad- u. Luch-
lampen, Felle, Häute,
Kochhaare und Wolle
ergießen? Da verkaufen Sie
nur bei

Linial & Blutstein

Kutschersstr. 18. Fernspr. 2251

Rouff Frauenhaare

pro Gramm 2.00 bis 5.00, 7.00 Mk.

W. Träbert, Prälatenstr. 18,
oben Kluge's Gefäßenladen.

Frauenhaare

Abfall und alte Haararbeiten zahle ich, da
Selbstverbraucher, die höchsten Tagespreise

Lenk, Haargroßhandlung

Blücherstr. 1. Geschäftzeit von 8 bis 4 Uhr.

Rechtsbureau Referendar a. D.

Lebzolt, Or. Mühlstr. 5, Fernsprecher 6665. Ver-
fasser des Rechtsbuchs Die augläubliche Ehe.
Kauf und alle schriftlichen Arbeiten

in Ehesachen

und allen andern Rechtsfällen, besonders auch in
Eheerbsachen. — Sprech. 10-1, 3-6, Sonntag 10-1 Uhr.

Zeitungspapier

gebündelt sowie Lumpen aller Art
kaufen und zahlen die höchsten Preise

Rohl & Rostholder, N.-Neustadt

Alexanderstraße 20. 74
Gute Wohnmeisterei für Händler und Sammler.

Pferdedung

kauft jeden Posten zu den höchsten Preisen

Maschinenfabrik Budau N.-O. zu Magdeburg

Brennholz, Bohnenstangen

verkauft preiswert

R. Badelt, Banckstraße 16
Fernsprecher 7438.

Aufträge zur sofortigen Lieferung in

Prima Brennstoff

Prima Brennholz
in Sägespänen und ofenfertig für Hausbrand

Prima Brennholz

(Stabben) für Industrie- und Bäckereien
übernimmt

Verkaufskontor der Gabrielzeche

Breitweg 223 — Tel. 608, 619, 659, 673.

An unsre verehrlichen Inserenten!

Unsre diesjährige Malfest-Nummer
liegt drei volle Tage aus. Sie wird am Freitag den
30. April, nachmittags, die folgende Nummer aber erst
am Montag den 3. Mai ausgegeben. Eine Sonntagsaus-
gabe der „Volksstimme“ erscheint also in dieser Woche
nicht. Die Malfestnummer wird textlich so ausgestaltet,
dass sie besondere Beachtung finden wird. Anzeigen in
dieser Nummer sind deshalb von größter Wirkung. Die
werbende Kraft eines Zeitungs-Inserats, das in der von
unsern vielen tausend Lesern mit Spannung erwarteten
Malfest-Ausgabe steht, ist gar nicht hoch genug einzu-
schätzen. Wir bitten, uns Anzeigen für die Malnum-
mer schon jetzt aufzugeben, damit auf die satztechnische
Ausführung die nötige Sorgfalt verwendet werden kann.

Verlag der Volksstimme

Große Münzstraße 3 Fernsprecher 1567

Jedes Kind weiß es: Diamantine

ist jetzt nieder
der beste Schuhputz

Fabr. Paul J. J. J. J. J.

S. Gutmann, Magdeburg

Kaiserstraße 98/99

Eingang:
Alte Ulrichstraße
Telephon 5225

Wäsche- und Aussteuer-Geschäft

empfiehlt in nur allerbesten Qualitäten
sehr preiswert

Hemdentuche, Renforcés,
Linons, Bett-Inlette

Rohwäsche mit elektrisch.
Trockenapparat, Kopf-
massage, Douchat on empf.

Frau E. Thier

Kühlweinstr. 81, pt. 1190

Wäsche

1198
wird sauber gewaschen und
geglättet, auf Wunsch abgeholt
Ul. Graf, Südfensterstr. 7, 1 Tr.

Entferne

persönlich unter voller Garantie
Tätowierungen u. Warzen
(kein Stechen, kein Schneiden, werben
unmöglich beseitigt). Täglich von
10 bis 7, Sonntag von 10 bis 1 Uhr.
Fritz Wilt, Arnold (früher Cölln),
Johannisstraße 11. Fernruf 231.

Umzüge

Führen aller Art
Gebäudeveränderung, ein- u.
auspflanzung, Übernehm. sofort
Blau Radler, Schönebeckstr. 8.
Telephon 6250 und 2475.

Möbeltransporte

innerhalb der Stadt, über
Land usw. per Bahn ohne jede
Umladung führt billigst aus

Ernst Funke

jetzt Budau, An d. Elbe 8.
Telephon Nr. 4400. 882

Bertlatträume

hell, trocken, gesund, gesucht
am Alten Markt. 1172

Ludwig Haase,

Papierhandl., Schwibbogen.

Schreibmaschinen-

873 Reparaturen

Verkauf — Miete — Ankauf
aller Büro-Maschinen

Ludwig Haase, Magdeburg
Schwibbogen :: Tel. 2071.

Herrenstoffe, Futterstoffe

Kostümstücke

empfiehlt

E. R. Fass

Bismarckstraße 48, 1 Tr.
Fernruf 2828. 853

Rorsetts

aus altem u. neuem Stoff sowie

Knaben-Anzüge

werden guttend und preis-
wert angefertigt von Anna
Michelewsky, Magdeburg, N.-
O. Ringstr. 22, Eing. 3, pt.

Verkäufe.

1 n. weiß. Goltmantel, r. Wolle,
225 Mk., 1 Paar neue br. Damen-
Schuhe, Or. 39, pass. f. Wand.
ob. Bergt., 100 Mk. b. Wabstaf.
H. Sudenb. Tor 2, Dienst. 8.8-11

Möbel

Speisezimmer
Herrenzimmer
Wohnzimmer
Schlafzimmer
Küchen, gelb. u. lafieri
verkauft preiswert

Karl Dittmar

875 Tischlermeister
Fischerstraße 25/26

Wenig gebrauchtes
Schlafzimmer
verkauft billig Möbel-Magazin,
Große Münzstraße 17. 1198

1 gut erb. Klapphuderw. in
Eig. v. Wollenbiller Str. 65, III. 1

Gehr. Kinderwagen zu ver-
kaufen, Kantstraße 17, pt. r.

Regal verkauft Müller,
Andersstraße 19. 1203

la. Fahrradschläuche
Rogge, Schenkenborst. 17, 1 Tr.

Seer. Fahrrad in Gummi,
Preisverkauf und Mitritt zu ver-
kaufen, Fahlbergstr. 14.

Gegen Würmer!

Gut- und Radenwürmer
wirksame Spezialmittel
für Erwachsene und
Kinder.

Hof-Apotheke

Breitweg Nr. 188
am Ulrichsbogen.

Wie ist es möglich, eine
Rückgratverkrümmung
zu bessern, zu heilen?
Illustr. Broschüre gegen
Einsackung von 1 Mk. von
Franz Menzel
Berlin - W. 11,
Magdeburgerstr. 25.

Samöopath. Praxis

Maassen

Prälatenstr. 14, 2 Tr.,
Eing. Schmeichstraße, 27
Sprechst. 9 bis 4, Sonntag
9 bis 11 Uhr. (Donnerstag
keine Sprechstunde).

Garnuntersuchung.

Natur-

Seilanstalt

für alle Krankheiten

Niemann, Magnetplatz,
Wolffstraße 16 (am Dr. Weg)

Verloren

auf dem Wege vom Mittag
über Joliff. bis Alster
Platz drei Photographien
ein Brief, drei Postkarten
am Sonntag den 25. April
vormittags. Da wertvolle Ge-
genstände, hohe Be-
lohnung. Abzugeben
Alsterufer Platz 1, 11.

Verloren

Verloren. Silberne Sand-
uhr mit Gold- u. Silber-
Einsatz oder Gold-
Sonntag abend verloren
Gegen hohe Belohnung ab-
geben bei Bruno Helms
Kogauer Straße 43/54. 1202

Witwe, 36 Jahre, m. 2 Kind-
ern, verheiratet, bester
Freiwilliger Bestimmung
hat. Heirat teurem
Off. u. B 1201 a. b. 3, 1. 11

Sonabend, 24. April,
abends 9 1/2 Uhr, verpfl.
nach langem, schwerem
Leiden unsere liebe Tochter,
Schwester, Nichte und
Cousine

Rotraut

im 14. Lebensjahre.
In tiefer Trauer
Magdeburg-Neustadt,
Lübecker Straße 83
Gustav Eucken und
Frau nebst Geschwistern
Verdigung Mittwoch
mittag 2 Uhr von der
Kapelle des Kreuzbder
Friedhofes aus.